

Die „Volkswocht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Reme Graupenstr. 4/4, und durch Postanstalten zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Send die Post bezogen M. 2.50, frei und Quitt. M. 2.00, wo keine Post am Ort. M. 2.50.

# Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abrechnungsbogen beträgt für die einpaltige Monatsliste oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 15 Pfennige. Aufträge für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 125.

Freitag, den 1. Juni 1906.

17. Jahrgang

### Der Wirrwarr in Oesterreich.

Das politische Leben in Oesterreich bietet wieder einmal mehr als sonst das Bild trostloser Verwirrung und Erbarmungswürdiger Hilflosigkeit. Seit dem Rücktritt des Prinzen Hohenlohe geht alles drunter und drüber. Was werden soll, weiß kein Mensch, die Schlampelei ist wieder einmal in Permanenz erklärt.

Wie wir schon auseinandergesetzt haben, hängt der Rücktritt Hohenlohes nicht mit der Reform zusammen, die jetzt im Vordergrund der innerpolitischen Ereignisse Oesterreichs steht, sondern hat seine zwingende Ursache in staatsrechtlichen Selbständigkeitsbestrebungen, die in Ungarn durch den Sieg der Aristokratie zur Herrschaft gelangt sind. Die Magyaren wollen den Dualismus los, wollen die staatliche Vertopplung mit Oesterreich lösen. Aus diesem Grunde der oft erwähnte Streit um das Rekrutenkontingent, die Armeesprache etc., aus diesem Grunde auch das Streben, auf dem Gebiete der Handelspolitik — in diesem Falle besonders der Zollverträge — das Seil zu durchschneiden, das Ungarn an Oesterreich fesselt.

Bisher hat zwischen Oesterreich und Ungarn ein Zollbündnis bestanden, das den Magyaren verleiht, selbstständig mit anderen Staaten seine Handelsbeziehungen zu regeln. Nun sie in dem neuen ungarischen Reichstag über eine erdrückende Majorität verfügen, verlangen sie, daß an die Stelle des Zollbündnisses ein Handelsvertrag mit Oesterreich trete, daß Ungarn auf dem Gebiete der Handelspolitik also die volle Selbständigkeit erlange. Zunächst sollte die Vonderung eine rein formale sein, die an der beiderseitigen Zollfreiheit nicht rüttelte und den gemeinsamen Zolltarif inhaltlich bedingungslos übernehme, aber nur noch als autonom ungarischen Zolltarif. Für die Zukunft ergab sich daraus die Möglichkeit, daß Ungarn wie mit anderen Staaten auch mit Oesterreich selbständig und ohne irgend eine Beschränkung seine Handelsbeziehungen revidieren könne.

Diese magyarischen Forderungen haben nun die Billigung des alten Franz Joseph erhalten, der sich in dem ihn umbräutenden Strudel nicht mehr halten kann und sich in dem Wirrwarr offenbar nicht mehr zurechtfindet. Wie behauptet wird, hat der ungarische Ministerpräsident Wieders mit der Entziehung des Rekrutenkontingents gedroht, und diese Drohung hat ausgereicht, seiner bemessenen Forderung die Erfüllung zu verschaffen. Die Ungarn wissen, wo sie die Daumenschrauben anzu-

setzen haben, inwiefern sie im politischen Erpresserhandwerk über einige Erfahrungen verfügen. Indem Kaiser Franz Joseph sich einschüchtern ließ und das Verlangen der Magyaren erfüllte, hat er seine Zustimmung zu einer schweren wirtschaftlichen Schädigung Oesterreichs gegeben und zugelassen, daß der „Ausgleich“ zu Gunsten Oesterreichs gefährlich durchlöcherter wird. In diese Spur schwächlicher Nachgiebigkeit konnte ein österreichischer Ministerpräsident, der sich einigermassen seiner Verantwortung bewußt ist, selbstverständlich nicht treten. Daher hat Prinz Hohenlohe seine Entlassung genommen.

Wie dieser Rücktritt in Verbindung mit den Ereignissen der letzten Tage und im Rahmen der gegenwärtigen politischen Situation in Oesterreich, besonders aber unter dem Gesichtswinkel der Wahlreformfrage vom Standpunkte des österreichischen Proletariats zu beurteilen ist und tatsächlich beurteilt wird, zeigt am treffendsten ein Artikel der „Wiener Arbeiter-Zeitung“, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Prinz Hohenlohe hat recht getan, als er die Entscheidung gegen Oesterreich mit der Demission beantwortete; der junge Ministerpräsident hat sich als ein ganzer Mann erwiesen, der weiß, was er dem Staate und was er seiner Ueberzeugung schuldig ist. Es könnte die Meinung entstehen, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß auch an entscheidender Stelle diese Meinung geherrscht hat: daß Prinz Hohenlohe, der berufen ward, die Wahlreform durchzuführen, und der nach allem, was man von ihm gesehen, auch fähig gewesen wäre, die Erledigung des großen Werkes durchzuführen, daß der Wahlreform-Minister verpflichtet gewesen wäre, die Niederlage, die ihm im Ararat zugesetzt wurde, hinzunehmen und sich für seine eigentliche Aufgabe, die Wahlreform, zu erhalten. Es war rechtlich gesehen, daß nach Prinz Hohenlohe zu der zweideutigen Rolle der Kompromittierung der Wahlreform nicht hergegeben hat. Daß er die große Sache nicht leichtfertig im Stiche läßt, daß er das Amt nur aufgibt, weil er fühlt, daß er als gebeugter und den Ungarn geopfertes Mann ihr nicht näher kann, sie vielmehr mit seiner Person zugleich in Mitleid bringen müßte, das wird dem Manne jeder Glaubens, der seine von warmblütiger Begeisterung erfüllten Worte vernommen hat. Es war dem Prinzen Hohenlohe nicht vergönnt, die Summe seiner Begabung zu zeigen; aber daß er, was in dem österreichischen Regieren so selten geworden ist, ein Charakter ist, ein rechtsicher und zuverlässiger Mann, das hat er noch jeder Achtung hin erwiesen. Erwiesen in der Art, wie er das ihm von Gott gesandte Amt als unverrückliche Notwendigkeit übernahm, und erwiesen in dem Konflikt mit Ungarn, wo er der Willkür der Koalitionsherren den unerschütterlichen Willen des österreichischen Reiches entgegenstellte.

So ist Prinz Hohenlohe zum Rücktritt genötigt worden, obwohl die Sache, zu der er gerufen ward, mehr Mühsal verdient hätte, die Entlassungswünsche der Budapestener Wortbrecher. Und trotzdem sein Sturz geteilt ist, den Helfern der Wahlreform neuen Mut zu schaffen, das Werk der Wahlreform nach dem kurzen Anlauf wieder zum Stöcken zu bringen! Wer

Hohenlohes Nachfolger werden wird, ja, wer es nur werden kann, ist kaum zu sagen: Aber wer immer es auch werden sollte, er muß für die Wahlreform nun unzweifelhafte Garantien geben. Nicht bloß in dem nun recht platonischen Sinne, daß er an ihr festhält, sondern in dem sehr realen Sinne, daß er sie durchzuführen wird. Die Arbeiter haben es mit keiner, wie das Beispiel zeigt, unter Umständen sehr vergänglichem Regierung zu schaffen; woran sie sich halten, ist der Staat selbst. Die Krone hat sich verpflichtet, das geheiligte Recht der breiten Massen zu erfüllen, sie hat in der derfür feierlichsten Weise die Verpflichtung anerkannt, das Recht des Volkes zu verwirklichen; und daran wird sich die Arbeiterschaft halten! In die Irrgänge der nachgerade nicht mehr deutbaren österreichischen Politik werden die Arbeiter die Wahlreform nicht führen lassen; in den Sumpf dieser geschwätzigen Massschläge werden sie nicht versinken lassen! Man hat dem Proletariat die Wahlreform verweigert, man wird sich der eingegangenen Verpflichtung nicht entziehen können! Alles hat seine Grenze und sein Maß, auch die wirklich bewundernswürdige Langmut des österreichischen Proletariats. Sechs Monate lang hat man die Arbeiter mit dem schändlichen Geschwätz von Bloß und Spannung verhöhnt, die Wahlreform zum Spielball der Intriquen parlamentarischer Kulisser werden lassen; nun soll das Recht von sechsundzwanzig Millionen Menschen das Opfer der habsburgischen Kapriolen ungarischer Großgrundbesitzer werden! Das wird nicht sein, das darf nicht sein und auf den Sturz des zweiten Wahlreform-Ministers haben die Millionen Reichster in Oesterreich nur die eine Antwort: Die Wahlreform muß endlich Gesetz werden!

Die kritisch gewordene Situation hat die Arbeiterschaft Wiens auf ihren Posten gefunden. Fünf massenhaft besuchte Riesen-Versammlungen haben am Montag davon Zeugnis abgelegt. Auch davon, daß die Geduld des Proletariats am Ende ist und daß es seine Aufregung nicht mehr zu meistern vermag. Wer die Massen beobachtet, konnte wahrnehmen, daß es ein gefährliches Spiel ist, ihre aufs äußerste angespannte Langmut noch länger zu mißbrauchen und die feierlich zugesicherte Wahlreform noch länger zu verschleppen. Die Entrüstung, die sich äußerte, als die Referenten die Umstände kennzeichneten, unter denen Hohenlohe zum Rücktritt gezwungen wurde, nahm denbunten Formen an, und es zeigte sich, daß dieser kurzlebige Ministerpräsident das volle Vertrauen und die Sympathie der Arbeiterschaft besessen hat. Daß die Wiener Arbeiterschaft nach wie vor zum Neuen sich entschlossen ist, hat sie in einer Weise kundgegeben, die keinen Zweifel aufkommen läßt, daß jede Ausnutzung der Situation zu weiteren Mäkten gegen die Wahlreform ein ebenso verwerfliches wie aussichtsloses Beginnen ist. „Genug des grauenhaften Spiels.“ Das war das Resümee der stürmischen Zursätze, die den Rednern aus der Masse enttauchend entrollten.

### Das Stuttgarter Hukelmännlein.

Erzählung von Eduard Mörike.

5) Weil es den Tag zuvor sehr heiß gewesen, so blühte es jetzt in der Nacht. Der Schein erhellte den Lautlos ganz, auch hätte sie am Boden, es donnerte weißweg. So ließ sie mit zufriedener Gemüte noch eine Weile ruhen, den Kopf in ihre Hand gestützt, und ließ dem Betrübten zu. Nun stieg sie auf, zu wissen, ob der Morgen etwa komme; allein es war noch nicht viel über Mitternacht. Der Mond stand klar und schön über dem Kufensloß, die Lüfte aber waren voll vom Würgeruch der Wäbden.

Sie meinte fast der Geduld nicht zu haben bis an die Stunde, wo sie im Nonnenhof ihr neues Glück verkünden durfte, ja wenig fehlte, daß sie sich jetzt nicht mitten in der Nacht aufmache und vor Juttas Tür kam (wie sie nur einmal Tropfen wegen in übergroßem Jammer nach der künftigen Vorherrschaft aus der Heimat tat), doch sie besann sich anders und ging zu besserer Zeit.

Frau Betha hörte ihren Traum gutmütig an, obwohl er ihr ein wenig ehrenrührig schien. Bedenklich aber sagte sie darauf: „Wart nicht auf solches Lachen, das im Schlaf geschah! der Teufel ist ein Schelm. Wenn Ihr auf solches Trugwort hin die Boten mit frühlicher Zeitung entläßt, und die Zukunft ströme Euch Klagen, es könnte schlimm dabeim ergehen.“

Auf diese Rede hing die schöne Lau den Mund gar sehr und sagte: „Frau Althe hat der Traum verdroffen!“ nahm kleinlauten Abschied und tauchte hinunter.

Es war nach bei Mittag, da rief der Vater Schaffner im Kloster dem Bruder Kellermeister eilig zu: „Ich merk', es ist im Gumpden leb! Die Urge will Euch Eure Fah wohl wieder einmal schwimmen lehren. Ist Eure Läden eilig zu, vernachlässigt alles wohl!“

Nun aber war des Klosters Koch, der Wirin Sohn, ein lustiger Vogel, welchen die Lau wohl leiden mochte. Der dachte ihren Güt mit einem Schmal zu stillen, ließ nach seiner Kammer, zog die Bettcher aus der Lagerstätte und steckte sie am Blaukopf in den Kasten, wo das Wasser auszutreten pflegte, und ließ sie mit Worten und Gedenken als einen viel getreuen Diener an, der mächtig Meigsten hätte, daß seine Herrschaft aus dem Bette fallen und etwa Schaden nehmen möchte. Da sie nun sah das Holz so recht mit Fleisch gestekt und über das Rücken gepreßt, kam ihr in ihrem Born das Lachen an, und Lachte überlaut, daß man's im Klostergarten hörte.

Als sie hierauf am Abend zu den Frauen kam, da wußten sie es schon vom Koch und wünschten ihr mit tausend Freuden Glück. Die Wirin sagte: „Der Kober ist von Kindesbeinen an gewesen als ich; der Zuberkaus, jetzt kommt uns seine Lorchheit zu statten.“

Nun aber ging ein Monat nach dem anderen herum: es wollte sich zum dritten- oder viertenmal nicht wieder schicken.

Marini war vorher, noch wenig Wochen, und die Boten standen wieder vor der Tür. Da ward es den guten Wirtsleuten selbst bang, ob heuer noch etwas zustande käme, und alle hatten nur zu trösten an der Frau. Je größer deren Angst, je weniger zu hoffen war.

Damit sie ihres Kummers eher vergessen, lud ihr Frau Betha einen Ahihara ein, da nach dem Abendessen ein halb Tugend muntere Lirnen und Weiber aus der Verwandtschaft in einer abgelegenen Stube mit ihren Kunkeln sich zusammensetzten. Die Lau kam alle Abend in Juttas altem Red und Kitzel und ließ sich weit vom warmen Ofen weg in einem Winkel auf dem Boden nieder und hörte dem Gerede zu, von Anfang als ein stummer Gast, ward aber bald zutraulich und bekannt mit allen. Um ihre Willen machte sich Frau Althe eines Abends ein Gespräch daraus, ihr Weichheitsstücken für die Enkel bei Zeiten heranzubringen: die Mutter Gottes mit dem Kind im Stall, bei ihr die drei Weisen aus Morgenland, ein jeder mit seinem Kameel, darauf er hergereist kam und seine Gaben brachte. Dies alles aufzuputzen und zu selimen, was etwa letzter war, sah die Frau Wirin an dem Tisch heim Licht mit ihrer Witte, und die Wasserfrau mit höchlichem Ergötzen sah ihr zu, so wie sie auch gerne vernahm, was ihr von heiligen Geschichten dabei gesagt wurde, doch nicht daß sie dieselben dem rechten Verstand nach begriffe oder zu Herzen nahm, wie gern auch die Wirin es wollte.

Frau Betha wußte ferner viel Ibreicher Fabeln und Denteime, auch spitze Fragen und Rätsel; die gab sie nacheinander im Vorhinein zu raten, weil sonderlich die Wasserfrau von Hause aus dergleichen liebte und immer gar zufrieden schien, wenn sie es ein und das andre Mal traf (das doch nicht allzu leicht geriet). Eines derselben gefiel ihr vor allen, und was damit gemeint ist, nannte sie ohne Besinnen:

Ich bin eine dürre Königin, Trag' auf dem Haupt eine zierliche Kron'. Und die mir dienen mit treuem Sinn, Die haben großen Lohn.

Meine Frauen müssen mich schön fristen, Erzähler mit Märlein ohne Zahl, Sie lassen kein einzig Haar an mir, Doch siehst du mich nimmer laßl.

Spazieren sah' ich krank und frei, Das geht so rasch, das geht so fein; Nur komm ich nicht vom Platz dabei — Sagt Leute! was mag das sein?

Darüber sagte sie, in etwas frühlicher denn zuvor: „Wenn ich bereinens wiederum in meiner Heimat bin und kommt einmal ein schwäbisch Landesherr, zumal aus Eurer Stadt, auf einer Kriegsfahrt oder sonst durch der Malachen Land an unser Gestade, so ruf er mich bei Namen, dort wo der Strom am breitesten hincinget in das Meer — versteht! zehn Meilen einwärts in dieselbe See erweist sich meines Mannes Reich, soweit

das süße Wasser sie mit seiner Farbe färbt — dann will ich kommen und dem Fremdling zu Rat und Hilfe sein. Damit er aber sicher sei, ob ich es bin und keine andere, die ihm haben möchte, so stelle er dies Rätsel. Niemand aus unserem Geschlechte außer mir wird ihm darauf antworten, denn dortzuland sind solche Roden und Räbelen, als Ihr in Schwaben führt, nicht gekent, noch kennen sie dort Eure Sprache; darum mag dies die Lösung sein.“

Auf einen andern Abend ward erzählt vom Doktor Weyl und Herrn Konrad von Wirttemberg, dem alten Graugrafen, in dessen Tagen es noch keine Stadt mit Namen Stuttgart gab. Im Wiefental, da wo dieselbe sich nachmals erhob, stand nur ein statliches Schloß mit Wassergraben und Zugbrücke, von Brunn, dem Donherrn von Speyer, Konradsens Oheim, erbaut, und nicht gar weit davon in hohes feines Haus. In diesem wohnte dozumal mit einem alten Diener ganz allein ein sonderlicher Mann, der war in natürlicher Kunst und in Urgeheimt sehr gelehrt und war mit seinem Herrn, dem Grafen, weit in der Welt herumgereist in heißen Ländern, von wo er manche Seltsamkeit an Tieren, vielerlei Gewächsen und Meerwundern heraus nach Schwaben brachte. In seinem Oheim sah man der fremden Sachen eine Menge an den Wänden herum hangen: die Haut vom Krokodil sowie Schlangen und fliegende Fische. Fast alle Wochen kam der Graf einmal zu ihm; mit anderen Leuten pflegte er wenig Gemeinschaft. Man wollte behaupten, er mache Gold; gewis ist, daß er sich unsichtbar machen konnte, denn er verkehrte unter seinem Kram einen Kradenfischzahn. Einst nämlich, als er auf dem roten Meer das Meist niederkam, die Tiefe zu erforschen, da zack' es unterm Wasser, daß das Lau fast riß. Es hatte sich ein Kradenfisch im Lot verbißen und zween seiner Zähne darinnen gelassen. Sie sind wie eine Schußersahle, spit und plägend schwarz. Der eine hat sehr fest, der andere ließ sich leicht ausziehen. Da nun ein solcher Zahn, etwa in Silber oder Gold gefaßt und bei sich getragen, besagte hohe Kraft besitzt und zu den größten Gütern, so man für Geld nicht haben kann, gehört, der Doktor aber dafür hielt, es ziene eine solche Gabe niemand besser als einem weisen und nachdenkenden Gebieter, damit er überall, in seinen eigenen und Feindes Landen, sein Ohr und Auge habe, so gab er einen dieser Zähne seinem Grafen, wie er ja ohnedem wohl schuldig war, mit Ansetzung von dessen Heimlichkeit, davon der Herr nichts wußte. Vor diesem Tage an erzeigte sich der Graf dem Doktor gräßlicher als allen seinen Edelknechten, aber Käten, und hielt ihn recht als seinen lieben Freund, ließ ihm auch gern und sonder Reich das Lot zu eigen, darin der andere Zahn war, doch unter dem Gelobnis, sich dessen ohne Not nicht zu bedienen, auch ihn vor seinem Ableben entweder ihm, dem Grafen, erblich zu verlassen oder auf alle Weise der Welt zu veräußern, wo nicht ihn gänzlich zu veräußern. Der edle Graf stand um zwei Jahre eher als der Weiland und hinterließ das Meist seinen Söhnen was; man glaubt, aus Gottesfurcht und besser Voracht hab' er es mit in das Grab genommen oder sonst verborren.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Kennzeichnung der Situation liegen noch folgende Meldungen vor:

Wien, 30. Mai. Der böhmische Statthalter Graf Courbon wurde in einladiger Audienz vom Kaiser empfangen. Es fiel keine Entscheidung. Namentlich steht Graf Kellermanns Antrag schon einmal an der Spitze des Ministerrats...

Wien, 30. Mai. Im Abgeordnetenhaus fand eine Obmann-Konferenz statt, in der beschlossen wurde, daß für den Fall der Verlegung des Hauses alle Delegationsmitglieder ihren Mandate niederlegen. Polen und Tschechen haben nach anfänglichem Widerstreben dem Beschlusse zugestimmt...

Wien, 31. Mai. Die entscheidende Sitzung des Abgeordnetenhauses begann gestern um 11 Uhr. Fast alle Abgeordneten waren anwesend, nur die Ministerbank war ganz leer, kein Minister war anwesend. Die Sitzung begann sofort mit der Verlesung des Dringlichkeitsantrages...

Wien, 31. Mai. Die entscheidende Sitzung des Abgeordnetenhauses begann gestern um 11 Uhr. Fast alle Abgeordneten waren anwesend, nur die Ministerbank war ganz leer, kein Minister war anwesend. Die Sitzung begann sofort mit der Verlesung des Dringlichkeitsantrages...

### Politische Uebersicht.

#### Repressalien in Russland.

Unter dieser Signatur haben wir bereits Anfang Mai auf die Erscheinung aufmerksam gemacht, daß russische Großkaufleute und Industrielle zur Antwort auf die preussischen Russenausweisungen familiären deutschen Angestellten kündigten und den Volkstümlichen deutschen Lieferanten verhängten. Jetzt wird der „Kattowitzer Bz.“ aus Warschau berichtet, daß dort eine Boykottversammlung gegen die Einfuhr von deutschen Waren — von jüdischen und christlichen Kaufleuten veranstaltet — stattgefunden hat...

#### Griffa und Weseler.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß es die Geschäftsordnungscommission des Junterparlaments abgelehnt, die nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung des Redakteurs Schotte in Düsseldorf zu erteilen. In der Regel schließt sich das Plenum solchen Kommissionsbeschlüssen debattellos an. Diesmal fand eine Ausnahme statt, weil der Junter Freiherr von Griffa die Gelegenheit, die Sozialdemokratie zu beschimpfen, sich nicht entgehen lassen wollte. Wir lassen seine recht bezeichnenden Ausführungen im Auszug folgen; er sagte:

Ich möchte die Frage aufwerfen, ob das Prinzip, unter allen Umständen die Ermächtigung zu einer strafrechtlichen Verfolgung nicht zu geben, auf die Dauer in der heutigen Zeit gegenüber der Unheilhaftigkeit der sozialdemokratischen Presse aufrecht zu erhalten ist. (Sehr viele Zustimmung rechts.) Zu meiner Freude hat ja auch in der Kommission der eine oder andere von den Herren diese Frage aufgeworfen, und ich glaube, man möchte doch einmal überlegen, ob nicht durch dieses bisher aufrecht erhaltene Prinzip geradezu eine Prämie auf die Verleumdung des Landtages gesetzt wird. (Sehr viele Zustimmung rechts.) Ich bin durchaus nicht der Meinung und ebenso wenig meine politischen Freunde, daß man die strafrechtliche Verfolgung zulassen soll, wenn irgend ein dummes Junge in einem Artikel das Abgeordnetenhaus beleidigt. Aber man werden uns ja vorausichtlich nach dem Wiederzusammentritt mit einem gemeinen Artikel der sozialdemokratischen „Tribüne“ gegen dieses Haus zu beschäftigen. In dem von dem „Kaufmann der Schande“ und „Schmach“ reproduziert wird. (Sehr viele Zustimmung rechts.)

Ich habe in der Sitzung am 13. Januar des vorigen Jahres gebeten, die Staatsanwaltschaften auf eine strengere Anwendung der Gesetze gegenüber den sozialdemokratischen Ausführenden aufmerksam zu machen, und der Justizminister hat ja damals erklärt, daß er derartige Fälle unterwegs sei. Die Gemeinheiten vor der sozialdemokratischen Presse haben ja nach Zahl und Qualität eine erhebliche zugenommen (sehr richtig) und wenn man jetzt von einem wissenschaftlichen Bildungsgang der Sozialdemokratie spricht — sie hat ja eine ganze Anzahl gelehrter, Schriftsteller, Rechtsanwälte in ihren Reihen — so kann man doch nicht sagen, daß mit dem wissenschaftlichen Bildungsgang auch der moralische Bildungsgang Fortschritte gemacht hat. (Sehr viele Zustimmung.) Es ist im Gegenteil eine außerordentliche Verrohung in den sozialdemokratischen Kreisen eingetreten. Wir sind der Meinung, daß das Prinzip der Nichtverfolgung der Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist. (Sehr viele Zustimmung rechts.)

Der das Klassenparlament somit künftig beim richtigen Namen nennt, der muß eingesperrt werden, der Junter Griffa hat ja den Justizminister bereits scharf gemacht. Zwischen der Tat des Redakteurs und der Schimpfepistel des breiten Junters ist nun aber ein himmelweiter Unterschied. Der Redakteur war bei seinem Kampfe gegen das Junterparlament von idealen Gefühlen befeuert, er kämpfte gegen ein himmelstreichendes Unrecht und er setzte dabei seine Freiheit aufs Spiel. Der Junter Griffa dagegen stand bei seinem Böseleien gegen die sozialdemokratische Presse unter dem Schutze seiner parlamentarischen Immunität. Das ist ein großer Unterschied und der Junter ist nicht auf Seite des Junters. Mag das Klassenparlament künftig seine Widersacher auch noch einsperren lassen, das vermag die Wahlrechtsbewegung nicht aufzuhalten.

Die Schönheiten des Diätengesetzes offenbaren sich gleich in der ersten Sitzung des Reichstages, für welche die Kontrollvorschriften in Geltung getreten waren. Der Genosse Scheidemann rüschte im Sitzungssaal aus, daß er so unglücklich, daß er eine nicht unerhebliche Verlesung des linken Handgelenkes erlitt. Die Hand mußte sofort verbunden werden, und der freisinnige Abgeordnete

Dr. Mugdan begab sich mit dem Verletzten nach dem vom Sitzungssaal weit abgelegenen Krankenzimmer, in welchem sich das Verbandsmaterial befindet. Mitten im Verleiden erdnt plötzlich die Klingel, eine namentliche Abstimmung ankündigend. Der Arzt, der natürlich für seinen menschenfreundlichen Dienst nicht noch oben drein 20 Mark einbüßen will, unterbricht seine Arbeit, und beide Abgeordnete eilen im Laufschritt nach dem Sitzungssaal, den sie gerade noch rechtzeitig erreichen. Wie nun aber, wenn Scheidemann statt der Hand den Fuß verletzt hätte und am Gehen behindert gewesen wäre? Dafür, daß er in Ausübung seines Mandates zu körperlichem Schaden kam, wäre er noch oben drein mit einem Abzug von 20 Mark bestraft worden!

Ein anderer Fall. Ein alter Parlamentarier, der dem Hause seit mehr als 25 Jahren angehört, ist, nachdem er sieben Stunden an der Sitzung teilgenommen hat, wesentlich auch durch die schlechte Luft im Reichstag, der auf die dauernde Anwesenheit so vieler Menschen gar nicht eingerichtet ist, derart erschöpft und von Kopfschmerzen geplagt, daß er sich in ein Ruhezimmer zurückziehen muß. Unterdessen findet eine namentliche Abstimmung statt, der er seines leidenden Zustandes wegen fernbleibt. Dieser Abgeordnete, der den ganzen Tag im Hause anwesend war, muß sich einen Abzug von 20 Mark gefallen lassen, weil er nicht über stählerne Nerven und eine gesunde, robuste Natur verfügt! — Die namentlichen Abstimmungen vollziehen sich jetzt ungemein rasch, so daß in den verschiedensten Fällen ein Abgeordneter den ganzen Tag im Hause anwesend, im kritischen Moment aber nicht im Sitzungssaal sein kann. Nehmen wir an, ein Abgeordneter, der von der langen Reise nach Berlin sich erschöpft fühlt, will sich durch ein Bad stärken. Während er im Bad sitzt, erdnt das Zeichen einer namentlichen Abstimmung. Sich anzustreben und noch rechtzeitig zur Abstimmung zu kommen, ist eine glatte Unmöglichkeit; der Mann erhält 20 Mark Strafabzug. Gesehliche Bestimmungen, die solches ermüdlichen, grenzen wirklich an Unsinn und es bleibt weiter nichts übrig, als das Gesetz in dem Sinne zu ändern, daß die einfache Eintragung in die Anwesenheitsliste genügt und der Zwang, an einer namentlichen Abstimmung teilzunehmen, in Wegfall kommt.

### Ein englisches Urteil über die deutsche Freiheit.

Zu den letzten Vorgängen im Deutschen Reichstag bemerkt ein Londoner radikales und regierungstreues Blatt, das „Daily Chronicle“:

In dem wirklich konstitutionellen Staate würde sich die Regierung nach einer solchen Niederlage gerungen haben, ihre Entlassung zu nehmen. Aber wenn in Deutschland ein Konflikt zwischen den Vertretern des Volkes und der Regierung entsteht, so sind es die letzteren, die zulezt weichen müssen.

Das Urteil ist richtig — bis auf das letzte Wort; dieses aber ist falsch, denn von einem „Weichen“ kann gar keine Rede sein! Die bürgerlichen Parteien Deutschlands benehmen sich meistens hündisch, aber nicht aus Zwang, sondern aus eigenem Willen, und weil ihre Wähler es ihnen erlauben. Aber die Engländer, von deren Nationalhymne man in Deutschland immer nur eine Zeile zitiert („Herrliche Britannia, beherrsche die Wogen!“), aber nicht die nächste („Nie soll der Britte Sklave sein!“) begreifen nicht, daß Hundebemut der Volksvertreter eine angeborene Eigenschaft sein kann.

Das Herrenhaus trieb am Mittwoch, bevor es in die Ferien ging, erst schnell noch etwas Staatskretzel. Und das kam so. Neben einer Reihe bezüglich nebenstehlicher Petitionen stand das von dem Dreifaltigkeitstischchen veranlassete Kapazitätsgesetz auf der Tagesordnung. Bekanntlich hat die vereintete industriell-agrarische Gemehr der Abgeordnetenhaus die obligatorische geheime Wahl und das passive Wahlrecht der Bergarbeiter beseitigt. Preussens Nobilität, die erlauchten und eben Herren vom Herrenhause, haben ihr Siegel auf diese neue Verunglimpfung, diese neue Schädigung der preussischen Reparaturarbeiter gedrückt. Nur ein einziger unter den Herren fand sich, dem die Sache insofern etwas zu bunt war: Graf Dönhofs, sonst ein insofern der Agrarier aus Schließen, erhob einige Einwendungen gegen die Fassung des Abgeordnetenhauses und verließ sich ferner, das geheime Wahlrecht zu loben. Doch kaum war ihm das Wort entfahren, mocht' er's im Osten gern bewahren. Wie von der Höhe, als sie vom geheimen Wahlrecht hörten. Ein Graf und Freiherr nach dem andern stürzte sich auf den entarteten Standesvorort. Ganz besonders entzückt war der Graf von, der im behagte, die es wagen würde, die Einführung des geheimen Wahlrechts in Preußen zu beantragen. Auf Tod und Leben will der Graf diese vorläufig noch nicht existierende Regierung bekämpfen. — Selbst die Professorenaktion schwingt sich aus und von den liberalen Bürgermeistern Blut auch nicht einer des Mund auf. Der Minister Delbrück beschönigte den Regierungssolam vor den Beschlüssen der Abgeordnetenhaus und verdrach den christlichen Gewerkschaften seinen Schutz — wenn sie hübsch artig sein werden. Wenn aber nicht, dann werden ihre Mitglieder abgelegt. Jederzeit und Peinliche. — Nach der Staatskretzel kam noch eine kleine Mittelstandsretzel, indem eine warenhandelsrechtliche Petition zur „Verdrückung“ empfohlen wurde. Dann verlor sich Preussens majestätischer Senat am 15. Juni (Schulunterhaltungsgesetz).

Das Abgeordnetenhaus in seiner heutigen letzten Sitzung, vor der Pringapens beschästigten, rief der Staatsvertrag zwischen Preußen, Bayern, Baden und Hessen über die Main-kanalisation eine längere Debatte deswegen hervor, weil abgaben und das Schlepmonopol auf dem kanalisiertem Main gebührt ist. Der konservative Abg. v. Pappenheim benutzte diese Gelegenheit zu einem Pronunciamento gegen die Regierung. Wenn der Einführung von Schiffahrtsabgaben durch die internationalen Verträge oder sonst die mindesten Schwierigkeiten gemacht würden, würde die Rechte keinen Preuss mehr für Finanzkorrekturen besitzen, gleichviel, ob die Schiffahrtsabgaben verfassungsmäßig sind oder nicht. Das sind dieselben Junter, die gestern behauptet haben, die getrennte Verfolgung aller Verfassungsgrundzüge sei unzulässig zurückzuführen, doch jämmerlich zu Kränge und erkläre diese Auffassung auch für die übrige. Der Vertragsteller wurde einstimmig angenommen. Den Rest der Sitzung füllten wiederum Eisenbahnpetitionen aus, die Verbindungen zwischen so günstig unbedenklichen Orten wie Düsseldorf, Balingen und Dauterbach forderten. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses soll erst nach Eröffnung

des Schulunterhaltungsgesetzes im Herrenhause, also nicht vor 25. Juni stattfinden. Majestätbesetziger. Man schreibt der „Mainzer Volkszeitung“ die Besetzung des Reichstages an, daß er den angeblichen Druck gegen den Landesfürsten gebraucht hat, wurde von manchen zu kommen und konnten auch diesfalls Lebeweigen ermittelt werden. Uebal allein behauptet, daß er den Großherzog beleidigt habe. U. S. aber ein mefach bestrafte, arbeitsscheuer Mensch, der von seinen Angehörigen verstoßen ist. Man vermutet nun, daß Uebal die Selbstkneipe halb vorgenommen hat, um in einigsten ein Unterkom zu finden, das ihm bis jetzt fehlt. Eine Deklamation über die andere wird dem (abw) afrikanischen Kolonialabenteurer gepostet. Am Mittwoch ging wiederum ein aus 20 Offizieren und Beamten im Offiziersrang, 5 Unteroffizieren mit dem Portepce und 289 Unteroffizieren und Mannschaften, sowie 1000 Pferden bestehender Transport nach Südwestafrika ab.

### Ausland.

Das Landproletariat soll hörig bleiben. Der Minister des Innern in Oesterreich weist auf die Kapitulation hin, die der Arbeiter zu einem Erstreckt zu verleiht, sie vom Abschluß von Verträgen zurückhalten und sie zum Bruch bereits geschlossenen Verträge anzuregen. Da diese Kapitulation vom Landverband der Arbeiter und von dem Landbau zur Verteidigung der Arbeiter ausgeht, werden die Behörden angewiesen, gegen diese beiden Vereinigungen Ortsgruppen ihre statutarische Wirksamkeit überschreiten, die Unternehmung einzuleiten.

Das Defizit des französischen Budgets für 1907 beläuft sich auf 280 Millionen Fr. und ist zurückzuführen auf die Mehrausgaben für Militär und Marine von 70 Millionen; ferner 70 Millionen werden durch das Inkrafttreten der neuen Gesehe zur Deckung des Defizits aus dem Jahre 1906. — Das Defizit wird durch ein Defekt betreffend Einsetzung eines Ausschusses zur Verlesung einer Dezentralisation der französischen Staatsverwaltung. Der Minister des Innern wünscht, daß sämtliche Verwaltungszweige vereinfacht werden sollen und daß die Verleumdung der Amtsgeschäfte schneller und weniger kostspielig erfolge. — Das von der Regierung ausgearbeitete Reformprogramm enthält an erster Stelle die Einkommensteuer, die Reform der Kriegsgesetze, ferner die Dezentralisation der Provinzialverwaltung, sowie eine Regelung der Arbeiterfrage und der Beamtenverhältnisse. — Im letzten Ministerrat traten unter den Ministern Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Ausgaben für Militär und Marine hervor. Der Finanzminister bekämpfte die Forderungen und fand sie zu hoch. Seine Ansicht wurde von mehreren anderen Rabinetsmitgliedern geteilt, so daß die Mehrheit der Minister in dieser Frage einig war. Es ist möglich, daß in einer der nächsten Sitzungen des Rabinetsrats eine Einigung zustande kommt, im anderen Falle wird eine Ministerkrise als bevorstehend betrachtet. — Wie der „Matin“ berichtet, ist auf Grund einer bei dem General-Prokurator für Westafrika eingelaufenen Beschwerde gegen zwei hohe Beamte der Kolonial-Verwaltung namens Noiro und Hubert eine Untersuchung eingeleitet worden. Dem ersteren werden neun, dem letzteren sechs Worte zur Last gelegt. Außerdem sollen willkürliche Verhaftungen und Bestechungen von Beamten vorgekommen sein.

Ein englisch-französisches Abkommen ist für den Sudan abgeschlossen worden. Nach einer „Nunter“-Meldung aus London haben Staatssekretär Grey und der französische Botschafter in London eine Konvention unterzeichnet, durch die die Abgrenzungen der Besitzungen zwischen dem Niger und dem Tschad-See hergestellt abgeändert werden, das einerseits Frankreich freie Wegverbindung zwischen dem Niger und Tschad-See erhält, andererseits aber auch die gegenwärtige politische Einteilung der Eingeborenenstaaten und Stämme berücksichtigt wird.

Bei den Folkething-Wahlen in Dänemark hat die Sozialdemokratie einen überaus erfreulichen Sieg erzielt. Während die Wahlen, an denen sich von 425,000 Wählern 200,000 beteiligten, den Rückgang der Reformpartei von 58 auf 55, der radikalen Linken von 15 auf 11, der gemäßigten Linken von 12 auf 9 Abgeordnete ergaben, wuchs die Sozialdemokratie von 16 auf 24 Mandate an. Die Regierungspartei gewann 4 und verlor 7 Kreise, die Sozialdemokratie gewann 9 und verlor 1, die Rechte gewann 5 und verlor 3, die gemäßigte Linke gewann 1 und verlor 4, die radikale gewann 1 und verlor 5. Unter den Gewählten befinden sich der Ministerpräsident, der Minister des Innern, der Kultur-, Handels-, Landwirtschafts- und Justizminister. Die Verlesung von Kopenhagen im Folkething ist unverändert geblieben.

Der schwedische König für die Wahlreform. In einem Ministerrat aus der König eine Erklärung zu Protokoll, in der er dem neuen Ministerium die Gründe darlegt, weshalb er entgegen dem Vorschlag des früheren Kabinetts seine Zustimmung zu der mit Rücksicht auf die abweichenden Beschlüsse beider Kammern in der Wahlrechtsfrage erbetener Anschreibung von Neuwahlen zur zweiten Kammer verweigert hat. Der König fordert das Ministerium auf, die wichtige Wahlrechtsfrage sofort einer gründlichen und ernstlichen Prüfung zu unterziehen, um der Volkvertretung und endlich schnell Gelegenheit zu geben, den Proportionalwahlrechtentwurf für beide Reichstagskammern zu beraten, und wünscht den Ministern Glück und Segen bei ihrer verantwortungsvollen, wichtigen Arbeit.

Das Marokko treffen recht erhebliche Nachrichten ein. So finden im Süden Marokkos hartnäckige Kämpfe zwischen den Truppen des Sultans und den Kriegern des Thronprätendenten statt. Verstärkungen werden schleunigst aus Fez entsandt, um den bisher siegreichen Anmarsch der Aufständischen aufzuhalten. Die größten Stämme Marokkos mobilisieren Armeen, um den Sultan vom Thron abzulenken. Die britischen Kräfte des Prätendenten bringen nach Fez vor und liefern blutige Schlachten mit den Anhängern des regierenden Sultans unterwegs. In diesen Kämpfen werden viele getötet und verwundet. Die Stadt Mogador ist an der Landseite bereits von den Aufständischen umzingelt. Die Soldaten plündern, brennen und mordeten vor den Toren Mogadors. — „Daily Mail“ berichtet aus Mogador, daß die meisten Stämme jener Gegend unter Waffen stehen. Die Häuptlinge haben sich gegen den dortigen Raub erhoben. Von allen Seiten werden Verdächtige aufzubesuchen. Karawanen werden vor den Toren der Stadt geplündert. Die Ursache der Unruhen ist die allgemeine Gegnerschaft gegen die Reformen der Marokko-Konferenz und gegen die europäische Kontrolle.

Der Genosse „Doornik“ feiert am 22. Juli das 25jährige Jubiläum seines Bestehens. Dieser Tag soll durch besondere Festlichkeiten begangen werden. Der Deputierte Ansele, der Gründer und Leiter jener musterghiltigen Kontingentsgesellschaft, laßt die belgischen und ausländischen Genossen hierzu ein. Ein ungeheurer Skandal beschäftigt die Öffentlichkeit und das Parlament in den Vereinigten Staaten. Es handelt sich dabei um Enthüllungen über Kaffe Unsauberkeiten bei der Herstellung von für den inländischen Bedarf bestimmten Fleischkonserven durch den Fleischtrust. Unkraut-Tiere sind im geheimen geschlachtet und verarbeitete worden, die Arbeiter waren höchst unheimlich und manche schwindelhaftig und lassen sich von Ratten, von denen viele in die Maschinen gerieten, wurden mit in die Konserven verarbeitet. Die Presse verlangt die sofortige Veröffentlichung des vollständigen Berichtes über die Produktionsmethode des Fleischtrusts. Letzterer sucht dies nun jeden Preis abzuwenden. Der Senat nahm bereits eine strenge Inspektionsbill an. Die Aufstandsbewegung in Guatemala ist, wie der „Pr“ in einem Telegramm berichtet, bereits wieder niedergeschlagen.



**Wetzlarer Dombau-Geld-Lotterie.** Ziehung schon 6. und 7. Juni d. Js.  
 Hauptgewinne: 70 000, 50 000, 30 000, 20 000, 10 000, 2x5000, 4x2500, 5x2000, 10x1000, 20x500 usw.  
 Dose à 3 Mark, Porto und Liste 30 Pfg. extra.

**Stettiner Pferde-Lotterie.** Ziehung 12. Juni s.

Dose à 50 Pfg., 11 Dose 5 Mk.  
 Porto und Liste 20 Pfg. extra.

Lose vorgenannter Lotterien empfiehlt

**B. Klement, Breslau I, Ring 22,** geradüber dem Schweidnitzer Keller.

2210

**Achtung!**

**Berichtigung.**

**Achtung!**

Da man hier in Breslau von verschiedenster Seite das Gerücht verbreitet, der **Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Hirsch-Dunker**, könne keine Unterstützung mehr zahlen, und zwingt seine Mitglieder Streikbrecher zu werden, sehen wir uns veranlasst, folgendes zu erklären: Der **Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Hirsch-Dunker**, zahlt seinen Mitgliedern vom 1. Tage bis zur 26. Woche der Mitgliedschaft eine Unterstützung von **6 bis 13 Mark pro Woche**. Bei einer Mitgliedschaft von über 26 Wochen eine Unterstützung bis **18 Mark pro Woche**, ausserdem erfolgt kostenlose Abstempelung aller Beiträge. Gleichzeitig erklären wir, dass wir diese Unterstützungen ohne Beitragserhöhung mindestens noch **20 Wochen** zahlen können.

L. A.: **Karl Mladek**, Lokalbeamter.

Am 29. d. Mt. entschlief nach langer Krankheit unser lieber Sohn, Bruder und Onkel  
**Friedrich Wende**  
 Rentant der Kasse zur Einigkeit  
 im Alter von 57 Jahren.  
 Die Trauernden Hinterbliebenen.  
 Beerdigung: Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Lutherkirche in Oswitz. [2244]

Am 29. Mai 1906 verschied nach langem schweren Leiden, im Alter von 57 Jahren, unser langjähriges Mitglied, der  
**Maurer Friedrich Wende.**  
 Ehre seinem Andenken!  
**Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.**  
 Beerdigung: Freitag, den 1. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Kapelle des Friedhofes der Lutherkirche in Oswitz. [2248]

**Zentral-Verband der Maurer.**  
 Am 29. Mai, abends, verstarb nach langem rheumatischen schweren Leiden einer unserer tüchtigsten, bravsten und ältesten Verbands-Maurer, der Kollege  
**Friedrich Wende**  
 im Alter von 57 Jahren. — Mitglied seit dem 10. Oktober 1891.  
 Der Verstorbene war Mitbegründer des hiesigen Zweigvereins, langjähriger Kassierer der Grundstein-Krankenkasse und hatte sonstiger Delegationen und Ehrenämter inne. Sein Andenken wird bei der hiesigen Mitgliedschaft stets in Ehren bestehen und in seinem Sinne weiter soll und wird unsere Aufgabe sein.  
 Die Mitglieder des Zweigvereins Breslau u. Umgegend, Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Luther-Friedhofes in Oswitz statt. [2251]

**Liebich's Etablissement**  
 Zelterben 1646.  
 Donnerstag, den 31. Mai:  
**Abchieds-**  
 Gastspiel der „Schillerseer“  
 Anfang um 7 1/2 Uhr.  
**Der Amerikaseppel**  
 Donnerstag, den 31. Mai:  
**Der letzte Tag**

**Ringkampf-Konkurrenz**  
 3000 Mark  
 1500 Mark  
 1000 Mark  
 500 Mark  
**Verteilung der Preise!**

**Victoria-Theater**  
 (Simmenauer Garten).  
**Cabaret**  
 „Zum Klimperkasten“  
 Anfang um 8 Uhr.

**Sonnenhirme**  
 Spazierhüte  
 zu billigen Preisen  
**Franz Nitschke, Schirmfabrik**  
 Ring 34 u. Schweidnitzerstr. 51.

**Dominikaner.**  
 Täglich:  
**Die Original Feinsinger**  
 Dr. P. Reizer.  
 Ring 7 1/2 Uhr.  
 Gew. 10 Pfg. — Sonntag 20 Pfg.

**Zirkus Busch**  
 Donnerstag, den 31. Mai 1906:  
**Original-Chines.**  
**Fischer**  
 Original-Tantou, des Stiles nach in 7 Bildern.  
**„Indien“.**  
 Original-Tantou, des Stiles nach in 7 Bildern.  
**Tigerjagd, Auftreten der Original-Indischen Fakire u. Zauberer.**

**Handschuhe**  
**Strümpfe**  
**Korsetts**  
**Shirme**  
**Anton Riedel**  
 Scheitnigerstraße 51.  
 Begr. 1881

**Messergasse 1**  
 am Neumarkt, Pk. 11, 1 Wohnung 2 Z., Preis 18 Mk., zu vermieten. [2239]  
 Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß ich mein **Barbier-Geschäft** am 2. Feiertage geschlossen halte.  
 Hochachtungsvoll  
**Haberland**  
 50, Hirschstraße 50.

**Volkswachtloserei**  
 Große Auswahl, Anzüge, gute Stoffe, 9 Mark. Nach Maß, elegant, 17 Mk. Schid, bester Sitz.  
**Anzugsfabrik Wallstr. 17.**

**Stroh Hüte**  
 für Damen, Herren u. Knaben  
**direkt** in der Fabrik  
**Freund & Krebs.**  
 Neue Graupenstraße 11, Hof.

**Friedrich-Wilhelmstraße 72**  
**Carl Birkholtz Nachf.**  
**Pa. Pa. Kautabak**  
 Zigarren, Zigaretten, Rauch- und Schnupftabaken. [2266]

**Berufskleidung**  
**Arbeitsbojen**  
**Gustav Knauerhase**  
 Fabrik: Clara Schmelz  
 am Neumarkt Nr. 45, part. n. 1. Et.

**Karl Smolka**  
 Hummerrei (Ede Goldengasse).  
**Spezial-Herren-Gut-Gewäss.**  
 Streng reell billigste Preise.  
 Aufmerksamkeit erbeten!

**Liegnitz.**  
**Gelegenheitskauf.**  
 Ein großer Posten  
**Borkh.-Zug- u. Schmalrtefel**  
 zu ausnahmsh. billigen Preisen verkauft  
**Robert Klenner**  
 Schuhmachermeister 2191  
 Neue Dohnauerstraße 45.

**Sofa m. 6 Polsterstühlen**  
 grün Bl. b. s. vert. [2250]  
**Schlosswerderstr. 40/42, Restaur.**  
**Zigarren eigenes Fabrikat**  
**Zigaretten in großer Auswahl**  
**Rauch- und Kautabak bei**  
**Hermann Berner,**  
 Mehlgaße 30. [1367]

**Schweißfüße**  
 werden gerichtet und trocken bei Gebrauch von **Erwin Meyer's 50 Pf. Schuhcrem** unter 50 Pf. Garantie am Verbande. Part. n. 7a, Ede Dohnauerstraße. Nach auswärts 60 Pf. in Breslauer. [2133]

**Direkt ab Fabrik.**  
 Fahrradfabrik sind für 1906  
 5 Jahre schriftl. Garantie.  
 Großes u. leistungsfähig. Haus  
 Norddeutschlands  
 u. im Ausland u. Überseeischen. Reisen, Pommern, Ost- und Westpreußen.  
**ca. 1500 neue Fahrräder**  
 stehen versandbereit am Lager.  
 Konkurrenz-Fahrräder  
 45 Mk. mit Gummi 56 Mk.  
 Laufwerke 2.50 Mk. Schläuche  
 2.20 Mk. Ketten 1.50, Pedale  
 Paar 1.50, Luftkammer 0.40,  
 Fußpumpe 0.85 Mk.

**Näh-Maschinen**  
 5 Jahre schriftl. Garantie 43 Mk.  
 Edwing-  
 schiffch. 60 Mk.  
 Ringstichsch. 70 Mk.  
 Wiederverkäufer gesucht.  
 Verlangen Sie meinen Hauptkatalog  
 Nr. 46 über Fahrrad, Nähmaschinen  
 u. sämtl. Ersatz, ansonst u. portofr.  
 Erwin Meyer- und  
 Nähmaschinen-Fabrik, Rahrabteile.  
 Bernhard Wedler.  
 Breslau VIII. Klosterstraße 15.

**Kaffee,**  
 f. Aroma, 1/4 Pfund 25 Pf.  
 Getreidebrot, Liter 50  
 Brennspritus, 26  
 Selter, große Flasche 6  
 Limonaden, 10  
 Goldblondchen, p. 9  
 Himbeersaft, v. Ffd. 40 u. 33

**Pfandleih-Institut**  
 Altonastraße 48, Ecke Louthenstr.  
 liefert Gold- u. Silberwaren, Uhren,  
 Betten, Wäsche, Kleidungsstücke usw.  
 Besond. Abfertigungszimmer. Ausw. briefl.  
**Geld**  
 im Pfandleih-Institut von  
**H. Schweikar**  
 Berlinerstraße 65. [2102]

Bei eingehendem Vergleich der Erzeugnisse der Schuh-Industrie als In- & Ausländer während der letzten Jahre haben wir den **Paradies-Stiefel** zu den 4 Einheitspreisen in Preiswürdigkeit und eleganten Formen als die vorzüglichste Fußbekleidung der Gegenwart erkannt.

amen 6-50 und Herren  
 am 9-50 und Herren  
 am 12-50 und Herren  
 am 15-50 und Herren

**Das Beste was jeweils wir finden.**

**Schuh-Paradies**  
 Schmiedebrücke 48.

**Pfandleihe Münzstr. 2 G. Freundt**  
 Auswärts briefl.  
**Nichts**  
 geht über einen guten Vogelgejang. Dies zu erreichen ist leicht mit meinem  
**Singfutter**  
 in Paketen à 10 und 25 Pfg. überall käuflich.  
**Daniel Hoffmann, Paulstrasse 12.** [2222]

**Zum bevorstehenden Pfingstfest**

Beachten Sie **5% Rabatt.**

empfehle ich:  
**Wäsche**  
**Strawatten**

Ganz besonders aufmerksam mache ich auf mein  
**Spezial-Schuh-Geschäft!**  
**Herren-, Damen- und Kinder-Schuhe**  
 in allen Ausführungen vom Billigsten bis zum Besten.  
**Anton Riedel**  
 Scheitnigerstraße 51. Begr. 1881

Beachten Sie **5% Rabatt.**

**Arbeiter-Blusen**  
**Arbeiter-Hosen**  
**Arbeiter-Westen**  
**Arbeiter-Hemden**

**Kredit**  
 Auf  
**Möbel**  
 Schränke, Betten, Diwan, Kinderwagen.  
**Konfektion**  
 für Herren und Damen zu billigen Preisen.  
 Kleinste Anzahlung. Bequemste Abzahlung.  
**M. Grau Nachf.**  
 nur Albrechtsstr. 39, l. Eingang Altbüßorstr.

Die zweite „Aufreizung“.

Von seiner einjährigen Gefängnisstrafe hat Genosse Löbe noch nicht ein Drittel verbüßt und schon hatte sich vor derselben Strafkammer ein weiterer Medakteur unseres Blattes, Genosse Klühs, wegen einer neuen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ zu verantworten. Im Waigebicht von Leon Holly soll dieses Vergehen liegen. Wir haben den Tatbestand und die Art der Anklageerhebung in der vorigen Nummer bereits besprochen und lassen unten den näheren Bericht folgen. Der Staatsanwalt beantragte für das Gedicht, das an anderen Orten anstandslos abgedruckt worden ist, die Kleinigkeit von einem Jahre Gefängnis. Das Gericht aber hat unter Berücksichtigung persönlicher Umstände „Milde walten“ lassen und „nur“ auf drei Monate erkannt. Das sei eine verhältnismäßig niedrige Strafe, meinte der Vorsitzende in der Urteilsbegründung und man muß ihm beinahe recht geben: Für Breslauer Verhältnisse ist die Strafe wirklich ungewöhnlich niedrig! Ob das Urteil dadurch allerdings gerechter wird, ist eine andere Frage. Doch lassen wir unserm Berichterstatter das Wort:

Der Angeklagte, befragt, ob er sich zu der Anklage äußern wolle, erklärte: Es ist in der Parteipresse üblich, alljährlich zum 1. Mai an der Spitze des Blattes ein Gedicht zu bringen. Ich habe das vorliegende aus dem meinsten von ihm angegebenen Motiven herausgesucht, weil es überhaupt und aus seiner Fülle wegen zum Abdruck geeignet schien. Das Gedicht ist im Jahre 1904 bereits in Bremen und 1905 in Offenbach in unseren Parteiblättern zum Abdruck gelangt, ohne daß irgend ein Gewaltakt oder auch nur eine Anklage darauf erfolgte. Nicht im entferntesten habe ich daran gedacht, daß durch dieses Gedicht ein Leser zu Gewalttätigkeiten angereizt werden könne. Gewalttaten widersprechen vollkommen unseren Grundsätzen und unserer jahrzehntelangen Tatkraft. Auch heute noch sei er der Überzeugung, daß eine Aufreizung in dem Gedicht nicht enthalten sei. Die Massforderungen der Arbeiterschaft sind durch internationalen Kongreßbeschlüssen festgelegt und den sozialdemokratischen Arbeitern bekannt. Auch die Demonstrationen seien festgelegt: Massenversammlungen und Arbeitsschritte in Gewalttätigkeiten würde in der sozialistischen Arbeiterschaft nie geschehen.

In derselben Nummer der „Volkswacht“ sei eine ausdrückliche Warnung vor Unbesonnenheiten und sogar vor dem Abdruck enthalten. Diese habe ich sofort beantragt, als er am Morgen des 30. April die Anstaltsplakate angeschlagen fand. Er habe sofort in der Redaktion gesagt, daß dagegen etwas geschehen müsse, sonst könnten nichtkontrollierbare Elemente sich in die Reihen der Genossen schleichen und irgendwelche Ruhestörungen provozieren, die dann von der „Schief. Rta.“ und auch von der Polizei der Sozialdemokratie an die Reichshöhe gehängt würden. Sozialdemokraten begehen keine Gewalttaten und vor Spitzeln und ähnlichem Gesindel müsse ausdrücklich gewarnt werden.

Vorsitzender: Sozialdemokraten begehen keine Gewalttaten? Es ist doch merkwürdig, daß einem Gericht vorzutragen, das — leider — so oft wegen Gewalttaten von Arbeitern gegen andere Arbeiter hat verurteilen müssen. Das ist doch für uns notorisch.

Verteidiger: Es soll selbstverständlich nicht bestritten werden, daß auch mal Arbeiter gegen Arbeiter gewalttätig werden. Das kommt ja auch in allen anderen Gesellschaftskreisen vor. Aber als Klasse gegen andere Klassen oder als Partei gegen andere Parteien hat die Sozialdemokratie noch nie Gewalttätigkeiten verübt.

Vorsitzender: Also wenn sie in Massen auftreten, sind sie weniger gewalttätig?

Angeklagter: Ich möchte dem noch hinzufügen, daß wir jede Gewalttätigkeit mißbilligen, auch die von Arbeitern gegen Arbeiter. Aber die Arbeiter nehmen ein scharfes Wort von einem Kollegen nicht so genau. Maurer und Bauarbeiter verhalten sich ganz kollegialisch mit Ausdrücken, die sofort unter schwere Strafe gestellt werden, wenn sie zufällig gegen einen Arbeiters mitglied gerichtet sind. Sonst trägt kein Mann danach.

Es wird in die Verweissung eingetreten und auf Antrag des Verteidigers der dem Gedicht folgende Artikel „Note Wien“ vorgelesen, in dem es heißt: „Während Not kennzeich-

net den diesjährigen 1. Mai. Rot leuchten die Blüten, die das Innere der Erde aufwölften, rot die Flammen, die die Millionenstadt Nordamerika vernichteten, rot das Blut, das in Rußland von zerschlagenen Helfern in Strömen vergossen, rot sind auch die Strahlen unserer Weltmacht gefärbt von dem Arbeiterblut usw. Der Verteidiger macht darauf aufmerksam, daß diese Wendungen die weitere Ausmalung des in dem Gedicht angewandten Bildes von der Zeit, die Blut und Flammen speit“ ist. Der Artikel ist unmittelbar nachher geschrieben, als der Angeklagte das Gedicht in die Druckerei gegeben habe. Dabei habe ihm das genannte Spruchbild noch vorgelesen, das die Anklage bekanntlich als eine Aufforderung („Speit Blut und Flammen!“) anleihen will.

Der Angeklagte macht noch darauf aufmerksam, daß er das Gedicht am Abend des Freitag, 28. April, in die Seheret gegeben, nachdem er am Nachmittag zwei Zeitartikel für die Sonntagsausgabe Sonntag-Nummer geschrieben hatte. Abends habe er dann noch den Materialartikel geschrieben. Da er noch am Abend — nach 8 Uhr — auf Drängen des Vertreters das Gedicht herausgegeben, habe er es nur flüchtig gelesen, da er zu eingehender Prüfung unvölliger Veranlassung fand, als das Gedicht ja aus anderen Parteiblättern kam und deswegen einwandfrei erschien. Er habe bei dem flüchtigen Lesen gefunden, daß ein Gebantenspruch vor dem Worte „Speit“ stand, und diesen habe er, da er ihm falsch schien, weggelassen, und ihn hinter „Flammen“ gesetzt, wo er ihm richtiger hinzugehört schien. Im Druck ist der Gebantenspruch auch hinter „Flammen“ weggelassen. (Durch Vorlegung des Manuskripts wird diese Änderung nachgewiesen.) Er habe aber immer nur diesen angeklagte besonders gefährlichen Satz auf die vorübergehende „Zeit“ bezogen, und sei auch jetzt noch der Meinung, daß eine andere Auslegung unmöglich sei.

Im die „Verlogenheit“ der Sozialdemokratie festzustellen, läßt der Vorsitzende hierauf eine Benennung in der Mai-Nummer im letzten Teil erschienenen „Kritik der Parteiführung“ Wienos an die am 19. April betätigten Arbeiter-Politikanten für ihre Unklarheit und Unentschiedenheit verlesen, die aus der „Volkswacht“ abgedruckt war. Der Angeklagte weist darauf hin, daß er den letzten Teil nicht beachte und dafür nicht verantwortlich sei. Im übrigen sei es richtig, daß Wienos aus seiner allgemeinen „hohen Anerkennung“ diejenige nicht ausgesprochen habe, die die fürchterlichen Schläge in den Häusern den Verlesenen beigebracht haben.

Ferner wird, ebenfalls um zu erweisen, wie alles durch die Partei absichtlich falsch dargestellt wird, eine Stelle aus der Reichstagsrede von Klühs vorgelesen, wonach Genosse Klühs erst dann aus der Haft entlassen sei, „als sich herausstellte, daß das Gedicht auch schon in anderen Blättern, unter anderem in München und Dresden, man denke, sogar in Sachsen!“ unbeanstandet abgedruckt sei. Der Angeklagte bemerkt, ihm sei nicht bekannt, daß das Gedicht in Dresden abgedruckt sei, in München sei es tatsächlich in diesem Jahre erschienen.

Vorsitzender: Aber Ihre Freilassung ist doch erfolgt, weil Schuldverdacht nicht mehr angenommen wurde. Wie kann denn Vernunft behaupten, es sei geschehen, weil sich herausstellte, daß das Gedicht anderweit abgedruckt war?

Angeklagter: Er mag wohl falsch informiert sein, davon weiß ich nichts. Ich habe nicht einmal den Entlassungsbescheid des Oberlandesgerichts zugestiftet erhalten.

Vorsitzender: Aber es muß doch diese Informationen von hier bekommen haben!

Angeklagter: Wenn man mir nicht glaubt, dann beantrage ich, Herrschaften als Zeugen zu laden, daß ich mit ihm über diese Dinge nicht korrespondiert habe.

Herr Hofmann: Aber das steht doch in der „Volkswacht“!

Angeklagter: Ich kann doch den Reichstagsbericht nicht ändern, sonst könnte ich ja noch wegen nicht wahrheitsgetreuer Wiedergabe angeklagt werden, das ist in Breslau ja alles möglich!

Nunmehr will der beiführende Richter, Herr Hofmann, die sich mit dem Kaiser von Oesterreich beschäftigt. Die Verteidigung legte jetzt die Verantwortung dagegen ein, daß hier Dinge zur Verlesung gelangten, die mit der Sache nicht das Geringste zu tun haben und wodurch lediglich Stimmung gegen die Sozialdemokratie erweckt werden sollte.

Das Gericht setzte den Beschluß über die Verlesung aus und vernahm die geladenen Zeugen, Melzer, Harteil, Redakteur Rablos, Parteisekretär Neulich und Polizeikommissar Farsch. Letzterer bestätigte auf Befragen, daß im Gewerkschaftshaus während und im Anschluß an sozialdemokratische Versammlungen noch niemals Ruhestörungen vorgekommen sind. Die drei anderen Zeugen bestätigten, daß Klühs

selbst alles daran gesetzt habe, vor Unbesonnenheiten zu warnen und Unklarheiten zu vermindern, sowie daß der Angeklagte zu der fraglichen Zeit sehr stark durch Arbeit in Anspruch genommen gewesen sei.

Nachdem beschloß das Gericht weitere Artikel zu verlesen, auch solche, die der Angeklagte wieder geschrieben, und verantwortlich gezeichnet habe. Im Falle Löbe sei es auch so gemacht worden. Verlesen wurden zunächst die Artikel vom 21. Januar, in denen zum Parteibuch der damaligen Reichs-Versammlungen gegen das Reichsparlament aufgerufen, daneben aber ausdrücklich zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt und darauf hingewiesen wurde, daß es Presse gibt, denen jeder Zustimmung recht ist, um ihn der Sozialdemokratie in die Schube zu schieben.

Der Staatsanwalt nimmt Anstoß an einem Gedicht von Arno Holz, dessen Text die „Volkswacht“ der „Breslauer Morgenzeitung“ entgegen gehalten hat, und das auch eine kritische Sprache rechtfertigt. Der Verteidiger weist darauf hin und beantragt eventuelle Verweissung darüber, daß Arno Holz ein bürgerlicher Dichter und hochpatriotischer Mann ist.

Jetzt wünschte der Staatsanwalt die Verlesung eines Gedichts der „Volkswacht“ über die Empfangsveranstaltung des Zimmererherbannes, die dieser seinem Mitgliede Bösch bei seiner Rückkehr aus dem Gefängnis veranstaltet hat, und in der die Gewalttat in unerhöhrter Weise verherrlicht wurde. Der Verteidiger weist darauf hin, daß Bösch unter den Arbeitern allgemein als unschuldig beurteilt gilt. Er habe in einer Zeit verurteilt und sei gleichfalls davon überzeugt, daß Bösch unschuldig verurteilt worden ist. Das Gedicht ging hierauf nicht weiter ein.

Herr Hofmann fragt den Angeklagten: „Das Programm der Sozialdemokratie ist Ihnen doch bekannt?“ und das Ziel?“ und die Wege?“ und mit welchen Mitteln?“ Der Angeklagte befragte von Herrn Hofmann in ausführlicher Weise.

Herr Hofmann solate das Bild einer des Staatsanwalts. Er war von der Schuld des Angeklagten demmaßen überzeugt, daß er eine Gefängnisstrafe von einem Jahre und sofortige Verhaftung erforderlich hielt um die nach seiner Meinung verübte Aufreizung zu sühnen.

Das Gericht ist im Zusammenhang mit dem übrigen Inhalt der Zeitung gelangt gewesen, bei den Reden die Stimmung zu erzeugen, die zur Verübung von Gewalttaten geeignet macht. Wenn die Volkseigenenschaft erst einmal entfällt, lasse sie sich auch durch Ordnung nicht mehr im Zügel halten. Die Beschuldigung sei zu Recht erfolgt, durch diese sei Gewalttätigkeiten hervorgerufen worden. Zweifellos sei das Gedicht auch gezeichnet worden, das öffentlichen Frieden zu gefährden; die bestehenden Klaffen konnten sich gefährdet glauben. Bei der Strafbemessung sei in Berücksichtigung zu ziehen, daß der Angeklagte bereits erheblich vorbestraft sei und das Gedicht am Tage des Erscheins abgedruckt eine gärende Stimmung vorfand.

Der Verteidiger, Justizrat Paul Stein, weist darauf hin, daß die Ausdrücke wie „Speit Blut und Flammen“ sich lediglich auf die Zeit bezog, gerade daraus hervor, daß dem Angeklagten das Bild in einer Weise im Gedächtnis haften blieb, daß er es halb am Eingange des folgenden Artikels wieder hervortriebe und weiter ausbaute. Unter „Böden der Anarchie“ die jetzigen werden sollen, könne man nur die Gleichgültigkeit der Massen und die Auffassung, daß die Verhältnisse unabhängig seien, verstehen. Im Hinblick auf die Verurteilung von Löbe wäre ja der Angeklagte geradezu würdig gewesen, wenn er ein Gedicht abgedruckt hätte, von dem er nicht völlig überzeugt gewesen wäre, daselbst enthalte nicht Strafbares. Sollte das Gericht trotzdem zu einer Verurteilung kommen, so sei eine Geldstrafe völlig ausreichend zur Sühne.

Genosse Klühs bemerkt noch: Der Herr Staatsanwalt hat ein Jahr Gefängnis gegen mich beantragt, ich habe aber keine Lust, hier offensichtlich den Wärter zu spielen. Niemand habe ich Gewalt angedroht, und wegen Anreizung zu Gewalttaten kann nur ein Jahr Gefängnis gegen mich beantragen, vor keine Abnung von den sozialdemokratischen Grundsätzen und der sozialdemokratischen Bewegung überhaupt hat.

Nach dreiviertelstündiger Beratung verkündet der Vorsitzende das Urteil: 3 Monate Gefängnis und Unbrauchmachung der Plakate und vorhandenen Zeitungen. In der Begründung heißt es:

Das Gericht nimmt auf Grund des Ergebnisses der Hauptverhandlung an, daß durch den Abdruck des Gedichts die Voraus-

Aus aller Welt.

Die Eheirungsaffäre der Prinzessin Alice v. Bourbon, die kurz nach der Flucht der sächsischen Kronprinzessin von sich reden machte und dieser nicht nur sehr ähnlich, sondern auch deshalb Interesse erregte, weil die Prinzessin Alice eine Freundin der Kronprinzessin war, wird durch folgende Wiener Meldung wieder in Erinnerung gebracht: Die Ehe des Prinzen Friedrich Schönburg-Waldenburg mit der Prinzessin Alice von Bourbon, die im Jahre 1897 geschlossen und 1908 in Dresden geschieden wurde, ist vom Papste auf Grund ärztlicher Gutachten aus Bamberg, München, Rom und Pisa als nicht bestehend für null und nichtig erklärt worden.

Zunächst verliert auch der Sohn der Prinzessin nach dem Urteilspruch des Oberlandesgerichts Dresden das Recht, den Titel eines Prinzen Schönburg-Waldenburg zu führen. Der Prinz v. Schönburg war seinerzeit zur katholischen Kirche übergetreten, um die reiche Tochter von Carlos heiraten zu können. Der Bruch, der deshalb zwischen Eltern und Sohn eintrat, ist nach dem Zusammenbruch der Ehe wieder ausgeglichen worden. Vielleicht tritt der Prinz nun auch wieder zur evangelischen Kirche zurück.

Ein reizendes Stücken von Emma F. und Bureaukratismus leistete sich kürzlich die Militärbefehde auf dem Tempelhofer Felde bei Berlin. Am 31. Mai sollte die Frühjahrsparade abgehalten werden, und um den Staub zu dämmen, hatte eine Abteilung Soldaten den Befehl erhalten, mit einer großen Zahl von Schläuchen das Feld zu besprengen. Der böse Feind, diesmal der Staub, ließ sich aber gar nicht leiden, er lag durch einen anhaltenden Regen niedergeschlagen am Boden. Trotzdem wurde ihm kein Pardon gegeben, und mit hochgeschlagenen Krügen sprangten des Königs Grenadiere Wasser über Wasser auf das Feld. Anschließend war der Befehl, das Sprengen einzustellen, noch nicht „unten“ angelangt.

In einem Obert des Berliner Personenganges erlöschte sich bei Seifen der Oberstmann Witt aus Osterode. Der löblich Verletzte starb nach zwei Stunden.

Eine Liebesstrafe hat in den Ritten des Teltow-Kanals in Berlin ihren Abschluß gefunden. Die 83-jährige Frau des Malers Rege aus Lichtenberg unterhielt seit längerer Zeit mit dem bei ihr wohnenden Schlafwächler ein Liebesverhältnis, das vor etwa 14 Tagen von dem Gatten entdeckt wurde. Es kam infolgedessen zwischen dem Ehepaar zu einer heftigen Szene. In demselben Augenblicke schickte die Frau an der Wohnung und auch ihr Liebhaber war seit dieser Zeit verschwunden. Am Sonntag wurden die Leichen der beiden an den Händen zusammengebunden, im Teltow-Kanal angehängt und gelandet.

Die Petrokultivanten. Ein 14-jähriger Knabe in Leipzig-Steingehöfen beschäftigte, als er sich eines in der städtischen Wohnung befand, Feuer-anmachern- und gab Petroleum-ans-So-

Augenblicklich explodierte die Kanne. Die Kleider des Knaben gingen Feuer, so daß er schwerlos brannte. Er starb im Krankenhause an den erlittenen Wunden.

Ein die richtige Adresse kam das große Los der preussischen Klassenlotterie im Betrage von 500,000 Mk. Mehrere Bergarbeiter in Essen a. R. sind die Glücklichen, die sich in die Riesensumme teilen.

Totschlag bei einer Pfändung. Ein Gerichtsvollzieher in Mülhausen i. E. hatte in Vorach eine Pfändung vorzunehmen und nahm zur Sicherheit einen Bürger mit. Im Laufe eines ereignisreichen Streites wurde dieser von dem Gepfändeten mit einem Stodke erschlagen.

Unter Verhaftungsbefehlungen ist in Heidelberg eine größere Anzahl Personen, die in einem Hotel das Mittagessen einnahmen, erkrankt und mußten in das Krankenhaus gebracht werden. Unter den Erkrankten befinden sich die russischen Fürsten Dopolinski und Gagarin, sowie etwa 12 Studenten. Auch das Hotelpersonal ist in Mitleidenschaft gezogen.

Ein furchtbarer Orkan hat den Bezirk Egenfelden in Bayern heimgesucht. Die Straßen sind mit hunderten entwurzelter Bäume bedeckt. Zahlreiche Bauernhöfe sind fast beschädigt, die Dächer abgedeckt und mehrere Schuppen dem Erdboden gleich gemacht. Der Rappelarm der Rindwache Kirche wurde aufs Feld geschleudert, drei Neubauten sind zusammengefallen. Der Orkan dauerte fünf Minuten und war von starkem Regen und Hagelstauer begleitet.

Im Ballon nach dem Nordpol. In der Sitzung der Akademie der Wissenschaften in Paris stellte Professor Janßen den Amerikaner Wellmann vor, der im Auftrage des „Chicago Record Herald“ eine Ballonfahrt von Spitzbergen nach dem Nordpol unternehmen will. Wellmann läßt gegenwärtig in Paris ein kostbares Luftschiff bauen, das in vieler Beziehung an das Luftschiff Ledardus erinnert. Wellmann begibt sich im August nach Spitzbergen, um dort zunächst Versuchsflüge zu unternehmen. Er will in seinem Luftschiff Lebensmittel für 75 Tage und ein Automobilschlittenboot mitführen und durch drahtlose Telegraphie beständig mit Spitzbergen in Verbindung bleiben.

Zufolge einer Vergiftung ist in Stuttgart die Familie des Kaufmanns Meißner, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern, gestorben.

Ein Leben in zwei Jähren hat der Reichsrichtiger verurteilte Direktor Herrrodt der verstorbenen Gewerbetreibendengemeinschaft und Vorstand der Reichsversicherungsanstalt in Straßburg im Elsaß auf Kosten der Gewerkschaften geführt. Direktor Herrrodt ließ das, was er zum persönlichen Bedarf entnahm, einfach an die verschiedenen Lagerhäuser und Gewerkschaften hängen. Auch ein Automobil hatte er sich aus den Mitteln der Gewerbetreibendengemeinschaft gekauft. Ein Photographie-Kabinett, 200 Mark im Wert, ein photographische Apparat, die-er-von-R's-galantem-Begleiter-

innen machen mußte. R. fand Zeit, sich einen Auslandsdampf zu verschaffen und nach Südamerika zu flüchten.

In Goldregenberggiftung ist die 63-jährige Tochter des Gemeindevorstehers Harms in Idonien bei Harburg gestorben.

Automobilbrand. Der Chauffeur Kessel eines Fabrikbesizers aus Charlottenburg hatte seine Herrschaft im Automobil nach Wiesbaden gebracht. Unmittelbar vor der Heimkunft geriet der Benzinbehälter in Brand. Kessel verlor wie ein Arbeiter, die löblich wollten, trugen schwere Brandwunden an den Händen davon. Das Automobil, das 40,000 Mark kostete, brannte bis auf die Metallteile.

Ein Orkan hat die amerikanische Stadt Solconda zerstört. Der Schaden beläuft sich auf über 1 Million Dollar. Verdorbenes Fleisch. In Antwerpen sind 25 Familien mit 60 Personen infolge Genußes verdorbenen Fleisches erkrankt. An dem Aufkommen mehrerer Personen wird gearbeitet.

Ein gefährliches Bild. In der Kunstausstellung in Kopenhagen hatte der Maler Matthiesen ein Gemälde „Haben die Schwedische Offiziere“ angeschlossen, das bei den Kopenhagenern, namentlich den Damen, viel Interesse erregte, besonders weil die Offiziere, Mitglieder der Garnison in Kopenhagen, porträtiert dargestellt waren. Die Ausstellungsdirektion verhängte jedoch die Entfernung des Bildes. Als dieses heruntergenommen werden sollte, legten die Damen, die sich an dem betreffenden Tage in großer Zahl eingefunden hatten, energisch Verweigerung ein und verlangten, daß es, da sie ihr Eintrittsgeld bezahlt hatten, bis zum Tageschluß hängen bleiben solle. Schließlich mußte die Verwaltung den Raum, in dem das Gemälde hing, mit Gewalt räumen lassen, was allerdings zunächst noch die Folge hatte, daß die kunstbegeisterten Damen die Tür sprengten.

Brand in der Kirche. Bei Palermo rief in der Kirche während die Menge betete, plötzlich jemand: „Die Decke flirrt ein, rette sich wer kann!“ Kinder, Frauen und Männer stürzten dem Ausgang zu. In dem Gedränge wurden zwei Frauen todschlagend, 20 Personen mehr oder weniger schwer verletzt.

Eine tödliche Katastrophe ereignete sich im Hafen von Riga. Der Dampfer „Wilna“ mit 100 Personen an Bord kenterte und sank sofort, so daß nur 6 Personen gerettet werden konnten. Die Ursache des Unglücks war Überladung des Dampfers.

Offiziellerin. Unter dem Verdacht, ihren Mann mit Kleingeld vertrieben zu haben, wurde die Frau des Geschäftsmanns in Koblenz bei Litz verhaftet.

Neue Verhaftungen. In San Francisco telegraphisch: Vier Tage lang andauernde schwere Regenfälle, denen am Sonntag und am Montag wie Sturzfluten herabstürzende Fluten folgten, haben, unterstützt von Sturmwinden, in der Stadt neue Verwüstungen angerichtet und es wurden unter den Hunderttausend

Legungen des § 180 erfüllt sind. Das Gericht geht dabei davon aus, daß nach dem Wortlaut besonders in der dritten und vierten Strophen kein Zweifel obwalten könne, daß eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten vorliegt. Das Gericht glaubt dem Angeklagten, wenn er sagt, er habe die Änderung des Gedankenlebens in dem Manuskript dahin vornehmen wollen, daß der Gedankenlebens aus der Mitte der Seite heraus und an das Ende derselben kommen sollte. Daraus ergibt sich aber, daß der Angeklagte sich voll bewusst gewesen ist, wie sehr nach dem Wortlaut der Vorlage das Verbot offensichtlich hätte aufzuheben wirken müssen. Aber es sei auch ganz außer Zweifel, daß auch mit der Änderung eine Aufreizung vorliege. Sicher die Rücksicht darauf, daß die Staatsanwaltschaft schärfer als sonst in der Gegenwart die „Volksmacht“ kontrolliere, hat den Angeklagten mit dazu bestimmt, die Änderung vorzunehmen.

Nach den Umständen, unter denen das Gebot zum Abdruck gelangte, mußte es eine andere Wirkung haben, als in früheren Zeiten. Der Abdruck in Bremen und in Offenbach sei zwar straflos erfolgt; damals waren eben die Zeiten anders und die Umstände lagen anders. Hier aber war vieles dem Abdruck des Gebots vorhergegangen, die Gegerei gegen den Oberbürgermeister Dr. Mender, der in der größten Welle angegriffen worden sei, die Ereignisse des 21. Januar und vor allem die Vorgänge am 19. April; alles das ist in der größtmöglichen Weise ausgenutzt worden, um die Arbeiterklasse in der schärfsten Form zu erregen und aufzureizen. Daß die Umstände andere waren als früher, gebe auch aus dem in derselben Mainmatter enthaltenen Artikel „An die Prekäre Vorarbeit“ hervor. — Unter all diesen Voraussetzungen nimmt das Gericht das volle Bewußtsein des Angeklagten an, wenn er auch nicht gewollt haben mag, daß es in Anbetracht an das Gebot unmittelbar zu Gewalttätigkeiten komme.

Auf eine so geringe Strafe habe das Gericht erkannt, weil es nachgewiesen sei, daß der Angeklagte zu jener Zeit abgearbeitet gewesen sei und auch seines körperlichen Leidens wegen in großer Hast gearbeitet haben möge. Nur deshalb sei das Urteil milder ausgefallen, als dies sonst geschehen wäre.

Wenn im übrigen in einem der verlesenen Artikel dem Justizminister der Vorwurf gemacht werde, daß er von den Gerichten eine Klassenjustiz verlangt habe, so sei das eine böswillige Unterstellung. Der Justizminister habe gar nicht daran gedacht, aber es ist von ihm, als dahin gedrängt wurde, die Strafe, weil sie nicht anstößig, zu verschärfen, gesagt worden, schon die bestehenden Gesetze böten genügende Handhabe schärfer vorgehen. Wo eine systematische Verhöhnung vorliege, da müsse scharf vorgegriffen werden, und ein Gericht würde falsch handeln, wenn es die Umstände nicht bei der Beurteilung der Schuldfrage in Betrachtung käme. Unter gewissen Umständen müsse ein Gesetz schärfere Anwendung finden. Als seiner Zeit die Messerschleichen überhand nahmen, habe kein verständiger Mensch gegen eine schärfere Anwendung der Gesetze etwas gehabt. Wenn justizmäßig gegen die Gesetze verstoßen werde, dann sei das anders zu beurteilen und ein strengeres Vorgehen erforderlich, als wenn nur eine vorübergehende Leidenschaft vorliege. Das heiße individualisieren. Nach diesen Gesichtspunkten müsse ein Gericht urteilen und die Strafe aburteilen. Der Gerichtshof habe die Überzeugung, auch in diesem Falle nach bestem Ermessen und gerechtfertigt zu haben!

### Verbandstag der Holzarbeiter.

Am Sonnabend begannen die Verhandlungen mit der Vertretung der Statuten-Kommission. Bericht erstatter war Reumann-Hamburg. In die Statutenänderung als neuer Unterstützungszweig eingeführt ist, so macht sich die Beitragsüberhöhung notwendig. Der Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche 25 Pf. Im Bedarfsfälle können Ertragsbeiträge vom Vorstand erhoben werden. Ferner wird der Vorstand ermächtigt, in den Jahrestellen, wo viel jugendliche Arbeiterkräfte im Bereich kommen, diese in Beitrag und Eintrittsgeld bis zum 17. Lebensjahre den weiblichen Mitgliedern gleichzustellen. Alle weiteren Anträge, die auf Erweiterung der bestehenden Unterstützungen hinauslaufen, gelten als erledigt. Im Zukunft sollen 20 bis 25 Prozent der Beiträge in den Jahrestellen verteilt sein.

Besonders des Wahlmodus wird besprochen, daß die Wahl der Delegierten in allen Jahrestellen gleichzeitig an einem Sonntag in einem hierzu bestimmten Wahllokal mittels geheimer Abstimmung zu erfolgen hat.

Einige Anträge, die auf die Agitation Bezug haben, werden dem Verbands- und Gewerkschaften überwiesen.

Die Statuten-Unterstützung wird folgendermaßen geregelt: A- arbeitsunfähige (erkrankte) Mitglieder, welche mindestens

einmalen vergrößert, die seit dem Erbbehen in Zellen, Hütten und anderen unvorhergesehenen Wohnstätten wohnen.

Durch Gas vergiftet hat sich in Stuttgart der Kaufmann Weisner mit seiner Familie. Das Verbrechen ist nicht bekannt.

Ein Schopenhauer-Bibliothekar, bestehend aus Briefen, Handzettel und Büchern Schopenhauers, hat ein Herr Switzer in Berlin, ein geborener Preussener, der Stadt Frankfurt gekauft. Selbstmord eines Mannes. In Würzburg hat H. der Bacher Strohmberg, Inhaber des einheimischen Bankgeschäftes, erschossen. Er hat auch Spektakelstücke gekauft.

Lebhaftiger Selbstmörder. Das Wiener Arbeitermüßiggang wurde lobhaftig und bedrohte seine Frau, eine Gelehrte, mit Erschießen. Er wurde in die psychiatrische Klinik gebracht.

„Der Schöck aus Schlesia.“ Verschiedene Gutsherrn in der Mark, die ihr Gut veräußern wollten, erhielten in letzter Zeit den Besuch eines „Kollegen“, der als Käufer auftrat. Er verweilte acht Tage und Nächte und pampste in vorübergehender Belegenheit wohl auch. Bei der Abreise versprach er, wiederzukommen zu wollen, um abzuschließen, ließ sich aber nicht mehr sehen. Jetzt wurde er in einem Berliner Café als der 60 Jahre alte mehrfach beschriebene Schreiber wieder ermittelt, der von vier Behörden gesucht wurde. Er pflegte sich Gutsherrn Schöck aus Schlesia zu nennen.

Der kommende Damm. Die stehende Remonstranz bei Theben in Ägypten, die im Altertum in frommen Gemütern das Gefühl der Nähe der Gottheit erweckte, hat ein Gegenstück in einem Damm im Tamesis-Arbeit, dem „Hof“. Dieser Damm, der wegen seines Gummibaus von arabischen Händlern sehr geschätzt ist, wird von verdorbenen Jünglingen wegen seiner gummihaltigen Seiten als Raubgegenstand gesucht. Um die fälschliche Seite zu wahren, beschließen die Herren die Felle, und diese Durchbohrungen, die sich dann verformen, bilden das Instrument, dem ein Pfeifer übergeben wird, um die Pfeife zu stecken, die das müde Gemüt der Gummibauer zu abwaschender Bereinigung einer Gottheit in die Stimmung.

Der Hinfälligkeit Schwachsinn hat den „Hof“ auf seinen Rücken

bestens 50 Wochen dem Verbands angehören und für diese Zeit die Beiträge entrichtet haben, kann eine Krankenunterstützung gewährt werden, wenn durch Vorlegung eines ärztlichen Attestes die Arbeitsunfähigkeit bestätigt wird. Diese Unterstützung wird nur als Zuschuß zu der Krankenunterstützung gewährt, welche das Mitglied aus einer dem Krankenversicherungsgesetz entsprechenden Kasse bezieht. Die Unterstützung nach § 13 wird auf die Dauer von 13 Wochen gewährt und beträgt innerhalb 12 Monaten vom ersten Unterstützungstag an gerechnet, nach einer Mitgliedschaftsdauer von

Die erhöhten Beiträge sollen vom 1. Juli d. J. an erhoben werden. Die Ausgabe der Krankenunterstützung soll mit dem 1. Juli 1907 beginnen. Die weitere Revidierung der Statuten richtet sich auf redaktionelle Änderungen, die für die Öffentlichkeit kein Interesse haben.

Der nächste Verbandstag soll in Steinfurth stattfinden. Es wird beschlossen, daß an künftigen Verbandstagen außer den beschriebenen auch ein unbefolgtes Vorstandsmitglied teilnehmen muß.

Die Reichs- und Provinzial-Kommission gibt das Resultat ihrer Arbeiten bekannt. Der Berichterstatter betont, daß 14 Millionen der erhöhten Streikunterstützungen der einzelnen Jahrestellen, welche vor dem Verbandstag beschließt, alle derartigen Anträge nach

Unter „Sonstige Anträge“ wird beschlossen: In Anbetracht der großen wirtschaftlichen und hygienischen Schäden, die der Arbeiter im besonderen bildet, verpflichtet der Verbandstag die Kollegen, das Verbandsorgan und die agitatorisch tätigen Kollegen mehr als bisher auf die Gefahren des Alkoholkonsums hinzuwirken.

Es folgt die Wahl des Verbandsvorstandes. Als Vorsitzender wird Herr Schöck und als Stellvertreter Herr Schöck gewählt. Herr Schöck wird als Sekretär gewählt. Herr Schöck wird als Kassierer gewählt. Herr Schöck wird als Mitglied gewählt. Herr Schöck wird als Mitglied gewählt. Herr Schöck wird als Mitglied gewählt.

Der Ausschuss behält seinen Sitz in Berlin. Sodann stellt die Revisions-Kommission einen Irrtum betreffs des Gehalts der Mitglieder richtig. Das Grundgehalt derselben soll nicht 1800 Mark, sondern 2000 Mark betragen. Der internationale Kongress sowie der internationale Holzarbeiterkongress sollen von je einem Mitgliede des Vorstandes, der Redaktion und des Ausschusses befristet werden. Damit sind die Arbeiten des letzten Verbandstages erledigt.

### Verbandstag der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

R. Mainz, den 29. Mai 1906. Zweiter Verhandlungstag.

Die Debatte über den Vorstandsbericht wird unter Berücksichtigung des Kassenschnittes fortgesetzt. Der Kassenschnitt bringt folgende bemerkenswerte Zahlen, die zeigen, daß der Verband trotz der niedrigen Beiträge doch hübsche Summen für die einzelnen Unterstützungszweige herausgeben konnte.

Die Einnahme in der Geschäftsperiode 1905 bis 31. Januar 1906 betrug 229,892.84 Mark, die Ausgabe betrug auf 180,796.00 Mark, Kassenschnitt am 1. Januar 1906 4,796.75 Mark, davon an Kassenschnitt vom 1. Januar 1905 1,155.91 Mark, so daß ein Kassenschnittüberschuss von 60,282.06 Mark am 31. Dezember 1905 vorhanden war. Aus den Hauptausgaben seien folgende genannt: Für Sterbunterstützung wurden 8445 Mark, für Streikunterstützung 7870.83 Mark, für Gemäßigtenunterstützung 6252.48 Mark, für Rechtschutz 1129.57 Mark und für Agitation 47,651.03 Mark verausgabt. Die „Gewerkschaft“, das Organ des Verbandes, welches achtjährig erscheint, hat die Summe von 39,948.60 Mark erfordert. Die Ausgabe betrug pro Mitglied der Mitglieder in den drei Geschäftsjahren für Sterbunterstützung 76.0, Streikunterstützung 57.5, Gemäßigtenunterstützung 60.0, Rechtschutz 10.2. Das Gesamtergebnis ist in obigen und beträgt 5.71 Pf.

Die weiteren Debatten enthalten Schilderungen, wie von den verschiedenen Stadtverwaltungen gegen die Verbandstätigkeit der Arbeiter als unerbittlich bezeichnet wurden. Einige Redner fordern, daß der Gemeindearbeiterverband den Kampfcharakter müsse. Nicht durch Wüten und Beleidigen sei etwas zu erreichen, sondern durch eine massvolle Organisation. Weitere Redner betonen die Haltung des Ausschusses und Vorstandes in Angelegenheiten dieses Kerns lüßig den Lauf geben sollen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Das Schlußwort erhält für den Vorstand Bürger und Mohs, für den Ausschuss Schröder. In zusammengefaßter Form geben Redner ihre Ansichten über die Debatte Ausdruck und widerlegen die gemachten Einwürfe.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß der für Leipzig gewählte Delegierte eintrifft in, da kann nachträglich der gewählte Delegierte eintrifft in, da kann nachträglich der gewählte Delegierte eintrifft in.

Als Gäste mit beratender Stimme sind die Vertreter der Steinfurth, Handels- und Transportarbeiter und Gärtner erschienen. Auf Antrag wird dem Vorstande Debatte erteilt.

Der Referent Mohs erhält das Wort über „Grenzkreisläufe und Organisationsform“. Referent schildert in längeren Ausführungen die Mißbilligkeiten, die bei der Agitation mit den Gärtnern, Steinheimern und Handels- und Transportarbeitern entstanden sind. Referent gibt der Meinung Ausdruck, daß ein Handbinderarbeiten möglich sei, wenn nur der gute Wille vorhanden ist und vor allem die älteren Rechte anderer Organisationen anerkannt werden. Weiter empfindet Referent, mit den betreffenden Organisationen Kartellverträge zu schließen, um in Einverständnis mit den Gesamt-Gewerkschaften zu handeln, die Aufklärung unter den Arbeitern zu legen und Einigung macht uns klar.

Der Vertreter des Verbandes der Steinfurth erklärt, daß er gar mancherlei Differenzpunkte vorhanden sind. Er betont, daß in Deutschland rund 600 Arbeiter in Gemeinde- und Staatsbetrieben vorhanden seien. Sie seien nicht im Steinfurthverband organisiert, der Einführung des langjährig professionellen all-gemeinen Lohnsystems für ganz Deutschland im Wege ständen. Den Vorschlägen des Referenten stimmt er zu.

Der Vertreter des Transportarbeiterverbandes, Herr Schöck, nimmt den Vorschlägen des Referenten gleichfalls zu. Er erklärt, daß der Weg eingeschlagen, kann dürfte eine Einigung noch nicht näher sein. Den Gemeindearbeitern stehen nur zwei Wege offen: entweder sie anerkennen die Resolution der Konferenz der Vereine, oder eine Betriebsorganisation der Gemeindearbeiter zu bilden. Im letzteren Falle sei aber der Anschluß an die General-Kommission unmöglich. Der Transportarbeiterverband ist bereit, die Gasarbeiter, die ihn ange-schlossen sind, dem Verbande der Gemeindearbeiter zu überweisen. Er kann allerdings die Leute, die freiwillig nicht gehen, nicht einschließen. Bezüglich der Straßenbahner stehen die Transportarbeiter auf dem Standpunkt, daß diese zu den letzteren gehören. Das ist der Beschluß gefaßt, der der Resolution der Vor-

stande zuzustimmen, das heißt beanspruchen Sie ohne weiteres die Arbeiter in gewerblichen Betrieben und den Betriebs-leitungen, so müssen Sie eben selbst die Folgen übernehmen. Sie sind gerne bereit, mit Ihnen in Frieden zu leben, aber es ist auch keine Konzeptionen Ihrerseits nötig. Um Sie das, was Sie Vorhaben von Ihnen verlangt und der Frieden ist gesichert. Der Vertreter des Verbandes der Gärtner steht auf dem Standpunkt, wie der Vorredner. Das moderne Organisationsprinzip ist das der Berufsorganisation, woraus sich ergibt, daß die gewerblichen Arbeiter, also auch die Gärtner, ihren heiligen Berufsorganisationen angegliedert werden müssen. In Art und Weise, wie gegen andere Berufsorganisationen recht ist, kämpft wird, namentlich seitens einzelner Beamten der städtischen Arbeiter, ist recht unheimlich. Handeln Sie also verständlich vor-

Denen Berlin erklärt, Grenzkreisläufe gibt es wohl überall und im einzelnen wurde bisher diese Frage noch nicht behandelt. Es handelt sich bei den städtischen Arbeitern weniger darum, wohin diese oder jene Arbeiterkategorie gehört, sondern wie das Verhältnis der einzelnen Organisationsformen zu einander ist. Die Gründung Ihrer Organisation erfolgte unter Voraussetzungen, die heute von Ihnen gänzlich außer Acht gelassen werden. Es besteht der Grundgedanke, daß nicht einander widerstrebende Organisationen in dem Verbands vereinigt sind, der auch für den Anschluß an die General-Kommission entscheidend war. Man glaubte damals, der Verband werde das, was er war. Dies ist aber keineswegs der Fall. Ihr Verband hat seine Grenzen immer weiter hinausgeschoben, bis er schließlich einzigen anderen Organisationen hat in die Hände geriet. Er wird genötigt werden, von der Berufsorganisation abzugeben, die heute noch die Grund-lage bildet, werden wir politische Verhältnisse haben, die das Arbeiten dieser Organisationen ohnehin in ganz andere Bahnen lenken, d. h. wir haben den Sozialismus. Sie beanspruchen für sich das Recht, alle kommunalen Arbeiter zu organisieren. So leicht geht denn doch die Sache nicht. Die Kommunalisierung einer Menge von Betrieben macht stetig Fortschritte und die bestehenden, erprobten Verbände haben auf diese gewerblichen Arbeiter Rechte, die Sie achten müssen. Das geht nicht an, daß Sie ohne weiteres bestreiten, Sie müssen sich in den Rahmen des Ganzen fügen. Der Redner greift scharf die Debatte an, die an den Oberbürgermeister von Berlin seitens des Verbands-vorstandes gerichtet wurde. Zwei Jahre lang besteht sie wohl mit Recht, niemand hat sich dagegen getraut. Sie gehen mit dem Verwehren des Streiks in dieser Debatte nicht weiter als die Christ-lichen. Glauben Sie daran fest, dann müssen Sie denselben Weg gehen, den Ihr ehemaliger Vorsitzender Boersch gegangen ist. Ihr Weg führt dann mit Sicherheit ins Christ-Dundersche Lager und in den Reihen der freigeorganierten Arbeiter ist kein Platz mehr für Sie! Der Weg liegt sehr klar vor Ihnen. Wählen Sie, ob Sie rechts oder links gehen wollen. — Mit dem Wechsel in der Leitung des Vorstandes meint es, als ob im Gemeindearbeiterverband eine Wendung zum Besseren eintreten wollte und es muß sich zeigen, wie sich die Generalversammlung dazu stellt. Nach dieser Tagung muß Klarheit herrschen, denn sonst sind die an den Grenzkreisläufen beteiligten Organisationen gezwungen, die Sache zur Entscheidung zu bringen, und Ihr Verband wird ohne Zweifel der Leidtragende sein. Glauben Sie, das Ausschließen aus dem Rahmen der gesamten Organisationsform sei so leicht? Nach eines: Glauben Sie, die parlamentarische Vertretung in den Stadthäusern auch nach Ihrem Absplittern noch zu haben, wie bisher? Wie denken Sie sich denn einen Kampf, der Ihnen auch nicht erlaubt bleiben wird, durchzuführen, ohne die Gesamtheit? Ihre Aufgabe kann nur sein, bestimmte Berufsgruppen zu organisieren. Wenn Sie sich entschließen, hier nicht und klar zu erklären, daß es Ihnen ernst ist mit dem Friedensplan, kann bestehen kein Zweifel, daß die gemeinsame, neben- und miteinander geleistete Arbeit von Erfolg begleitet sein wird.

Diese Ausführungen der Organisationsvertreter rufen eine sehr lebhafte Debatte hervor, an der sich eine Reihe von Rednern beteiligt. Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt.

### Arbeiterbewegung.

Die Straßenbahner Berlins haben durch ihre Vertrauensmänner der Direktion der großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft eine Reihe Forderungen mit eingehender Begründung unterbreitet.

Die Chauffeure der Berliner Elektrischen Droschken-Automobil-Gesellschaft „Debag“ streiten wegen Verweigerung der vollen Grundlätze. Die Gesellschaft verfenet schwarze Listen der Streikenden an die auswärtigen Garagen und sucht Streikbrecher durch Zeitungsannoncen.

Zementarbeiter. Die nachgesuchte Vermittlung des Gewerkegerichts als Einigungsamt im Streik in Leipzig ist resultatlos verlaufen.

Landarbeiterstreik in der Lombardei. In den Reichsteilen von Parma und Verelli streifen 6000 Landarbeiter. Die Grundbesitzer beschließen, keine Konzeptionen zu machen, Kavallerie gegen die herumziehende Haufen streikender Arbeiter. Die Aufregung ist im Wachen begriffen.

Steinhauer und Marmorarbeiter. Eine Aussperrung ist in Aachen erfolgt. Es kommen etwa hundert Arbeiter in Betracht.

Im Streik in Hamburg. Am Mittwoch wurde vor dem Generalkonferenz in Hamburg eine von der Direktion der Hamburg-America-Linie gegen 142 Schauerleute angelegte Klage auf einen Schadenersatz von 12,000 Mark verhandelt. Der Anspruch wird darauf begründet, daß die betreffenden Schauerleute, obwohl sie kontraktlich auf Klüßigkeit angestellt waren, am 1. Mai ebenso wie die gelegentlich beschäftigten Arbeiter gefeiert haben. Nach ein-stündiger Verhandlung wurde der Prozeß bis zum 20. Juni vertagt.

Die Schauerleute in Hamburg haben beschlossen, zwecks Erreichung eines Einkusses auf den Arbeitsnachweis der Meeder jede Nacharbeit, Sonntagsarbeit und Feiertagsarbeit zu verweigern. Bei dem gegenwärtigen harten Wsch- und Ladegeschäft wird der Beschluß für die großen Meederien, die durchschnittlich 36 Stunden arbeiten lassen, wieder starke Verzögerungen herbeiführen.

Steinfurth. Im Streik in D i e n b u r g ist keine Änderung der Situation eingetreten. Es haben Verhandlungen der Organisationsform mit den Unternehmern stattgefunden. Ein Teil der jungen Leute ist bereits abgereist.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 31. Mai.

### Zum Boykott in Ostwig

wird uns noch gefehlt: Der Kampf um Ostwig ist in ein neues Stadium getreten. Während früher das Rotieren, Arretieren, Eis- und Wäffern nur von dem Ostwitzer Gendarmen oder von seinen benachbarten Kollegen ausgeführt wurde, sind dazu jetzt wohl an 25 schwerbewaffnete Breslauer Schutzleute beordert. Was sie dort tun? Nun, sie fordern den ganzen Tag meist gänzlich unbeteiligte Leute unter Androhung der Ein-lodung auf, sofort weiter zu gehen, oder — Ostwig ganz und gar zu verlassen. Im übrigen stehen sie in höchst auffälliger Weise vor den boykottierten Lokalen und geben so am besten die Säle bekannt, die wir zu meiden empfohlen haben. Wir könnten also damit, als mit einer Erleichterung unserer Arbeit, zufrieden sein. Allerdings wird dieses Gefühl der Zustrebendheit durch das Verhalten des Ostwitzer Organisationsarmes empfindlich beeinträchtigt. Nachdem er schon am frühen Vormittage des letzten Sonntag einem unserer Posten auf den schrecklichen Ver-bodt hin, Zettel verteilt zu haben, die Taschen durchwühlte und die dort gefundenen Verbandsbücher usw. ohne weiteres auf die Erde geworfen hatte, suchte er sich am Spätnachmittage den

Friedhof zum Schauplatz seiner ordnungsgemäßen Tätigkeit... Ein anderer Posten, dem gesagt wurde, daß es auf ihn abgesehen sei, ging auf den Friedhof, um einem Rentkonte auszuweichen...

Beim bevorstehenden Wohnungswechsel richten wir an unsere Leser das dringende Ersuchen, rechtzeitig der Zeitungsträgerin die neue Adresse übermitteln zu wollen. Ein Zettel, auf dem die neue Wohnung vermerkt ist und der dem „Volkswacht“-Träger übergeben wird, ist das beste Mittel...

- Stiefbahnunfall. Vom Personengut Breslau-Schweidnitz wurde am Dienstag kurz vor Mittag bei Station Bettlern ein anscheinend betrunkenen Arbeiter überfahren und getötet.
Vermißt wird seit dem 27. d. Mts. der 11 Jahre alte Walter Gabsch, Obmann Nr. 32a.
Blinder Alarm. Am 29. d. Mts., Nachmittags, zog ein Kommer auf der Friedrich-Wilhelmstraße ohne jede Ursache einen Feuermelder ab und alarmierte die Feuerwehr.
Unbefugter Kassekassier. Unter Vorzeigung eines Kasseienbuches sammelt ein Mann für den Kirchbau in Procuca Geld ein.
Polizeiliche Verhörungen. In das Polizeigefängnis wurden am 29. d. Mts. 31 Personen eingeliefert.

Verfassungen und Vereine.

Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes hatte für Dienstag eine außerordentliche Mitgliederversammlung in das Gemeindefesthaus einberufen. Da Gausleiter Dietrich verhindert war, den angekündigten Vortrag über Arbeiter- und Arbeitgeberverbände zu halten...

Aus den Gerichtssälen.

Breslauer Schwurgericht. Wegen fahrlässiger Transportfahrdung wurde am Dienstag der Arbeiter Karl Lobisch von Breslau zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte an der Biergartenstraße Ecke Gertrundenstraße, wo sich eine Straßen-Poststelle befand, zwei Pfaffensteine auf ein Glas der Elektrischen gestellt...

frau Maria werde die Leiter der christlichen Kirche und damit die selbst beschimpft. Für diese Beschimpfung hat das Gericht eine Geldstrafe von 4 Monaten angedroht. Auf die Revision wegen Vergehens gegen § 166 ergangen ist und auf eine Geldstrafe erkannt. Aus der Begründung des landgerichtlichen Urteils ist ersichtlich, wieso die Kirche beschimpft ist, wenn die Leiter beschimpft ist.

Streikführer vor Gericht. Der Bergmann Pöfer aus Kahna bei Jitz war während des Bergarbeiterstreiks neben einem anderen Streikführer von Zellweil bis Kahna eingekerkert. Er hatte eine lange Wunde an der Brust und eine blaue Wunde, er trug im Mund eine lange Wunde und hatte ein Dolchbein in den Stiefel gesteckt. Dieser Anfall soll viele Kinder und Erwachsene angeleitet haben, die neben den von der Grube kommenden Arbeitsschülern hielten und lärmten.

Ubelke Gesetzbücher. Die Strafkammer in Kiel verurteilte den Gutbesitzer von Levegov-Sielbeck wegen Verstoßes gegen die Unversehrtheit der öffentlichen Sicherheit zu 2 Monaten Gefängnis. Die Unversehrtheit war wegen eventueller Gefährdung der guten Sitten ausgedehnt.

Wegen Totschlags und Blutschande verurteilte der Schwurgericht in Ulber den Arbeiter Buremister in Walkendorf, der in Gemeinschaft mit der Mutter den Vater erschlagen hatte, zu fünf Jahren Zuchthaus. Die Mutter hatte sich im Gefängnis erhängt.

Ein galantes Abenteuer ist dem Bureaubeamten D. in Berlin teuer zu stehen gekommen. Er kam eines Abends angeheult nach einer Damenbesuche und betrat sich unter Affekt zweier Kellnerinnen vollständig. Als er nicht mehr recht wußte, was er tat, packte ihn eine der Frauen in eine Droschke und fuhr mit ihm nach den Amorsälen. Der Mann wurde ebenfalls auf seine Kosten losgelassen. Auf das Weitere kann sich D. nicht mehr besinnen. Morgens erwachte er in einem Hauskur. Ein Portemonnaie und seine Uhr waren weg. Die Uhr wurde später bei seiner Begleiterin gefunden, das Portemonnaie mit Inhalt aber nicht. Die Kellnerin erhielt 1 Jahr Gefängnis.

Genau als Zeuge. In dem Prozeß gegen die Kriminalhauptkommission des Reichsanwaltschafts in Berlin, die wegen fahrlässigen Entweichens des Raubmörders Hennig am 6. Februar d. J. zu 300 bzw. 100 M. Geldstrafe verurteilt wurden, wurde der Raubmörder Hennig als Zeuge vorgeladen.

Freigeisler wurde in München nach dreitägiger Verhandlungsbauer vom Schwurgericht der Redaktion der ehemaligen Deutschen Montagszeitung, Richter, der wegen Vergehens gegen die Religion, begangen in einem Artikel, angeklagt war.

Ein diebischer Lehrer. Die Strafkammer Referat verurteilte den Lehrer Günter aus Schill, der als Rentant der Schiller Spar- und Darlehnskasse 60.000 M. unterschlagen und 31 Wechsel gefälscht hatte, zu sechs Jahren Zuchthaus und lebenslangem Ehrverlust.

Aus Schlesien und Polen.

Zum Ende des Bergarbeiterstreiks in Gottesberg.

Es Wochen hat der Kampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten gedauert, ehe es den schwarzen Arbeiter-Vertretern gelang, in die Einzelheit der Ausständigen Bescheid zu legen. Welche Kräfte und Schritte von Wälder und Genossen angewendet wurden, um dem verhassten Bergarbeiter-Verbande den Sieg zu erreißen, wird in einem Flugblatte der Streitleitung geschildert, aus dem wir folgendes hervorheben:

Zunächst ist die Zersplitterung der Organisationen schuld an der Niederlage. Vor allem aber der Verrat der katholischen Fachabteilungen. Obwohl sie öffentlich mit den Kameraden von Bergarbeiter-Verbande zu sympathisieren vorgaben, hatten sie, wie jetzt herausgekommen ist, bereits Lüge vor Ausbruch des Streiks Verrat geübt! Sie hatten heimlich ihre Mitglieder aufgefordert, nur dann mitzumachen, wenn sehr viele streikten, sonst nicht. Ferner ging der katholische Arbeiter-Sekretär hinter dem Rücken der Leitung zum Bergdirektor, um zu verhandeln.

Ein anderer Führer der katholischen, Mischke, hatte bereits nach achtzigem Streik die Parole ausgegeben, wieder anzufahren! Selbst seine eigenen Freunde mußten ihn damals dafür rüffeln. Gegen alle Abmachungen hielten die katholischen eine Extra-Versammlung ab, um für Abbruch des Streiks zu agitieren. In Inzeraten des Lokalblattes teilten sie mit, daß wieder angefahren werde zc. zc.

Jetzt verteilen die Herren Christen ein Lügenflugblatt, das die bekannten, vom Genossen Sachse im Reichstage bereits gekennzeichneten Verbindungen zc. enthält, um fälschliche Niederträchtigkeit durch neue zu verüben. Außerdem verbreiten sie die Lüge, der Bergarbeiter-Verband erhebe 25 Wfg. Extrabezug, er bereite die Revolution vor usw. usw.

Aber nicht nur die „Fachabteilungen“, sondern auch die „Kirche“ und der „Verein“ haben ihr Möglichstes getan, damit der Streik ins Wasser fiel und ihr Sprichwort von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ wieder zur Geltung kommt. Schon vor vier Wochen, am 27. April, gab der Generalrat der Kirche durch Zirkular den Bezirksvorständen einen Wink, den Streik abzugeben, indem er denselben für „ausföchtlos“ erklärte.

Alle diese Umstände haben es verschuldet, daß der Streik ergebnislos abgebrochen werden mußte. Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben und die Gottesberger Knappen werden dies daran sehen, daß beim nächsten Anlauf zur Erringung besserer Verhältnisse alle Bergarbeiter dem Verbände angeschlossen werden.

Staatsgefährliche Krankenkassen-Revisoren.

Die nach Tausenden zählenden Arbeiter der Laurahütte (Alltagsgesellschaft Vereinigte Königs- und Laurahütte) im gleichnamigen ober-schlesischen Orte, sind seit geraumer Zeit unzufrieden mit der Pensions- und Krankenkasse ihres Werkes, weil die Beiträge dieser Kassen höher, die Leistungen derselben jedoch niedriger sind, als die des Knappschaftsvereins. Auf die Einzelheiten soll hier nicht eingegangen werden. Die Arbeiter hatten nun vor einiger Zeit einen eingehend begründeten Antrag an die Werksdirektion gerichtet, in dem um Aufhebung der Kassen und Uebertritt zum Knappschaftsverein gebeten wurde. Diesen Antrag hat die Direktion ohne weitere Begründung abgelehnt. Das Motiv der Ablehnung ist allerdings klar, wenn man sich vor Augen führt, daß beim jetzigen Stande der Dinge die Arbeiter an den Betrieb gestellt sind, wenn sie nicht ihre durch oft langjährige Beitragsleistung erworbenen Ansprüche an die Pensionskasse verlieren wollen. Wäre die Laurahütte dagegen der Knappschaft angeschlossen dann würden sie abgegeben oder entlassenen Arbeiter auf jedem anderen Vereinswerke in Arbeit treten können ohne Schmälerung ihrer Pensionsansprüche.

Bei der bald nach der Ablehnung des Antrages erfolgenden Wahl von Vertretern zur Generalversammlung erhielten nun die unzufriedenen Arbeiter die Mehrheit, was sich kaum natürlich in der Wahl des neuen Vorstandes kundgab. Die Arbeiter wählten Leute ihres Vertrauens in den Vorstand und da das Statut der Krankenkasse gestattet, zu Revisoren auch Nichtmitglieder zu wählen - man wählte daher bisher immer die Herren Beamten - wurden diesmal zu diesem Ehrenamt drei leibhaftige, ganz ungewöhnliche, bedrohlich abgestempelte - Sozialdemokraten gewählt. Darob fürchtbares Entsetzen in den maßgebenden Kreisen. Was war aber dagegen zu tun, besonders gegen die sozialdemokratischen Revisoren? Man bildete aus einigen getreuen Arbeitern ein „Komitee“, setzte dem „Komitee“ einen Aufruf an die Kameraden auf, ließ diesen dementsprechend

und dann bei den Arbeitern umhergehen, um sie zu einem Protest bei der Aufsichtsbehörde gegen die Wahl der drei sozialdemokratischen Revisoren zu entflammen. Das öffentliche, auch kulturhistorisch beachtenswerte Nachwort lautet wie folgt: Laurahütte, im Mai 1906.

Romeraden! In der am 5. Mai stattgefundenen Generalversammlung unserer Krankenkasse sind in die Revisionskommission zum Zweck der Prüfung der Jahresrechnung der Schriftsteller Julius Bruns, der Schuhmacher Franz Trombalski, der Kesselschmied Otto Körning aus Kattowitz

gewählt worden, und zwar gegen unseren Willen. Dieses Wahlergebnis hat unter dem größten Teil der Arbeitererschaft um so größere Unzufriedenheit und Entrüstung hervorgerufen, als bekannt geworden ist, daß die drei Rechnungsprüfer Führer der sozialdemokratischen Partei sind.

Wir stehen unter Dank und wollen als treue und dankbare Staatsbürger in Zeiten drohender Gefahr unser Blut und Leben für Kaiser und Reich opfern. Wir wollen auch unterer Arbeitgeberin treu bleiben, unsere Frauen und Kinder reichlich ernähren, und dem Aufbau von Volksschulen des Vaterlandes fernbleiben.

Wenn der § 32 Ziffer 1 der Satzungen auch besagt, daß die drei Rechnungsprüfer nicht Kassenmitglieder zu sein brauchen, so haben beim Entwurf der Statuten sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer die gute Absicht gehabt, daß nur solche Personen in die Revisionskommission gewählt werden, welche mit unseren Verhältnissen wohl vertraut sind, und dies wären entweder die Herren Beamten unserer Verwaltung oder unsere Aufsichtsbehörde.

Daran hat niemand gedacht, daß man zu Rechnungsprüfern niemals einen Schriftsteller, Schuster oder Kesselschmied von auswärts, die von unseren Verhältnissen keine Ahnung haben, und nicht Sachleute sind, wählen könnte.

Eine Schande für uns Arbeiter, eine Herabwürdigung und Mißachtung gegen unsere Arbeiterschaft, die solche Zustände seit dem fast 70 jährigen Bestehen des Werkes niemals gekannt hat.

Um diese Schande von uns abzustreifen, ist es Ehrenpflicht eines jeden redlich denkenden Arbeiters, gegen die Wahl der 3 Rechnungsprüfer Einspruch zu erheben und unsere Aufsichtsbehörde zu bitten, gegen einen derartigen Unfug einen Damm zu setzen und die Jahresrechnung entweder durch sachkundige Beamte des Betriebswesens, oder durch Organe der Aufsichtsbehörde prüfen zu lassen.

Das Komitee. Raschlich sind die Arbeiter der Laurahütte an dem famosen Schriftstück, das man ohne jeden Kommentar auf den Leser loslassen muß, ganz ungeschuldig, denn sie sind ihrer Meinung nach, wie die Wahlen zum Reichstage zeigen, entweder Sozialdemokraten oder Sozialisten. Das schließt ja nicht aus, daß vielleicht ein großer Teil dieser Arbeiter aus Furcht vor der Mahrregelung keine Zustimmung zu dem Vorhaben des „Komitees“ gibt. Aber helfen wird das den Herren doch nicht, denn für die Aufsichtsbehörde dürfte es unerschwerlich die Klaren Bestimmungen des Statutes seine Handhabe geben zur Unzulässigkeitserklärung der Wahl. Daß der bürgerliche Beruf der gewählten Revisoren kein Grund zur Annulierung der Wahl ist, wie fälschlicher Weise das „Komitee“ behauptet, ist klar. Daß die Revisoren einer Krankenkasse nicht im Stillenfach beizubringen zu sein brauchen, ist für jeden mit Krankenkassenangelegenheiten irgend Vertrauten selbstverständlich. Auch der Treueid für Kaiser und Reich wird nicht etwa vor Beginn der Rechnungsprüfung von den Revisoren erfordern. Es ist nur nötig, daß sie rechnen können und das kann schon ein sozialdemokratischer „Schuster“ und Kesselschmied zc., wie die Herren noch erfahren werden.

Auch die Landarbeiterinnen werden unzufrieden! So schreibt man unserem Arbeiter-Brüderblatte: Ohne daß nähere Mitteilungen - die man mit Vorliebe als „Scherz“ bezeichnet - ihre Finger im Spiel hatten, kam es auf dem Dominium Klein-Rundorf beim Rittergutbesitzer Eckolt vor kurzem zur Arbeitsniederlegung der dort beschäftigten Arbeiterfrauen. Die in Betracht kommenden Frauen erhielten einen Stundenlohn von acht Pfennigen. Am Sonnabend, den 5. Mai, verlangten sie von nun ab eine Lohnerhöhung von zwei Pfennigen pro Stunde. Eine Forderung, die die Arbeiterfrauen nicht. Am Montag, den 7. Mai, rührte deshalb die Arbeit. Als Herr Eckolt sah, daß die Frauen wirklich ernst machten, schickte er noch am selben Tage den Verwalter zu den Frauen und erklärte sie, wieder zur Arbeit zu kommen, der Herr wollte auf dem Felde mit den Frauen verhandeln. Die Frauen gingen darauf nicht ein. Schließlich sollten sie neun Pfennige pro Stunde erhalten, aber das geg noch nicht. Endlich wurden am Mittwoch darauf Mittags den Arbeiterinnen zehn Pfennige entbittigt, und darauf nahmen sie die Arbeit wieder auf. Daß die Landarbeiterinnen nun mit 10 Wfg. Stundenlohn zufrieden sind, das ist das Wunderbare an der Geschichte.

Wirk die Landarbeiterinnen werden unzufrieden!

Die Unterzeichneten erklären sich mit den hofpottierten Sozial-Verstärkern solidarisch, unterstützen sie selber dem Boykott und verbieten hiermit den Sozialdemokraten das Betreten ihrer Lokale. Rauch, Schützenhaus, Biereger, Kahlert, Briggischdorferstr., Schwarz, Kuff, Kaiser. Untere Genossen werden weder diesen noch anderen Wirten Gelegenheit geben, sie hinauszuworfen.

Wirt, 31. Mai. Wir die sich selbst boykottieren. Im Lokalblättchen finden wir folgendes Inserat: Die Unterzeichneten erklären sich mit den hofpottierten Sozial-Verstärkern solidarisch, unterstützen sie selber dem Boykott und verbieten hiermit den Sozialdemokraten das Betreten ihrer Lokale.

Wirt, 31. Mai. Wir die sich selbst boykottieren. Im Lokalblättchen finden wir folgendes Inserat: Die Unterzeichneten erklären sich mit den hofpottierten Sozial-Verstärkern solidarisch, unterstützen sie selber dem Boykott und verbieten hiermit den Sozialdemokraten das Betreten ihrer Lokale. Rauch, Schützenhaus, Biereger, Kahlert, Briggischdorferstr., Schwarz, Kuff, Kaiser. Untere Genossen werden weder diesen noch anderen Wirten Gelegenheit geben, sie hinauszuworfen.

Strehberg, 31. Mai. Ende des Kampfes im Ban-gewerbe? Der „Vote“ wird erfahren haben, daß beabsichtigte Ansicht auf Beilegung des Ausständes besteht. Am Mittwoch habe eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattgefunden, in der eine Einigung erzielt wurde und zwar auf der Grundlage, daß die Arbeitnehmer bis zum 1. April 1907 einen Stundenlohn von 38 Wfg. und von da ab 40 Wfg. erhalten.

Stegan, 31. Mai. Die Eisenbahnarbeiter. Wegen Unterschlagung von Eisenbahnmaterialien befinden sich schon seit längerer Zeit der Materialverwalter Wehnert und der Eisenbahnverwalter Klose in Untersuchungshaft. Die ebenfalls verdächtig gemachten Beamten Bierwagen und Agten haben sich in der Untersuchungshaft entlehnt. Weiter ist der Kleiderwarenhändler Nathan Friedberg aus Breslau, mit dem die Beamten ihre „Geschäfte“ machten und der aus den Prozessen in Gdritsch und Schneidmühl bekannt ist, der Hehler angeklagt. Während man anfänglich annahm, daß für etwa 14.000 bis 16.000 Mark unterschlagen worden ist, stellen sich jetzt die Summen erheblich höher. Die Verhandlung findet am 16. Juni vor der hiesigen Strafkammer statt.

Stegan, 31. Mai. Briefe, die uns nicht erreichten. Wegen Vergehens im Amte hatte sich der 41 Jahre alte Postkassier Wilhelm Kiepel von hier vor der Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte ist seit dem 1. Mai 1899 im Postdienst beschäftigt und soll während seiner Dienstzeit mehrfach Briefe unterschlagen haben. Als der Angeklagte über seine Taten vernommen wurde, gab er zu, daß er in die Briefe Absicht die Briefe ersehnt habe; er gab ferner zu, daß er auch im Jahre 1900 in drei oder vier Fällen Briefe unterschlagen habe, und einmal auch fünf Mark von 10 Wfg. gestohlen habe. Diese und andere Fälle sind in dessen Bericht. Der Angeklagte war geschädigt und behauptete, aus Not gehandelt zu haben. Er sei durch seine zweite Verurteilung - er hat auch drei Jahre - in Schulden geraten. Die Strafkammer war der Ansicht, daß das Verbleiben auf die Ehrlichkeit der Beamten angewiesen sei und daß daher solche Vergehens ermöglicht zu werden seien; das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis, ferner auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von fünf Jahren.

